Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittag außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 4/5 durch die Post und durch Colporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 50 Pf. Postzeitungsliste Nr. 7849.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkthätige Bevölkerung.

Mit der illustrirten Beilage „Die Neue Welt“.

Insertionsgebühr Beträgt für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 57. Sonnabend, den 7. März 1896. 7. Jahrgang.

Im Wein ist Wahrheit.

Bei einem Festmahl, das die „Freisinnige Vereinigung“ des Reichstages vor Kurzem veranstaltet hat, hielt der grade in Berlin anwesende Ludwig Bamberger, der sich von der öffentlichen politischen Thätigkeit in neuester Zeit fernhält, von seinen Gesinnungsgenossen aber noch immer als einer ihrer geist- und kenntnißreichsten Führer sehr hochgeschätzt wird, eine Ansprache, die von den Festtheilnehmern mit Jubel begrüßt wurde und, wie ein nationalliberaler Berichterstatter sagt, „gleich allen Auslassungen hervorragender Liberalen verdient, in den weitesten Kreisen bekannt zu werden.“

Ob sich die liberalen Festgenossen darüber klar waren, was alles aus der bejubelten Rede zu ersehen und zu schließen ist, erscheint uns sehr fraglich. Denn wir haben bestbegründete Ursache, daß man gar nicht besser die Jämmerlichkeit unseres liberalen Bürgerthums zu kennzeichen vermag, als dies Bamberger in seiner offenbar weinseligen Ansprache gelungen ist.

Er ging von einer „Entdeckung“ aus, die unter seinem Namen berühmt geworden sein soll; die die Welt aber, wie er bescheiden hinzufügt, seinem Freunde Friedrich Dernburg zu danken habe — jene Entdeckung, die zum Ausdruck kommt in den Worten: „Es kommt immer anders.“

In revolutionären Zeiten — daran werden wir Socialdemokraten das Volk immer von Neuem erinnern — phantasirten die liberalen Bourgeois bekanntlich immer von Freiheit und Völkergluck. Natürlich kam es, wie Bamberger sehr richtig bemerkt, immer anders, ganz anders. In der gesammten Geschichte der liberalen Partei hat sich diese geniale Entdeckung bewahrheitet. Auch als vor 25 Jahren das deutsche Reich eingeweiht wurde, plauderte Bamberger, hätten sich die Liberalen eingebildet, es werde viel schöner werden, als es geworden ist; aber es sei trotz Allem — selbstverständlich für sie, die Capitalisten — nicht zum Verzweifeln. Das deutsche Reich sei ja bestehen geblieben und nicht wieder in seine einzelnen selbstständigen Bestandtheile zerfallen. Außerdem könne man sich — dies sagte Bamberger am Schlusse seiner Ausführungen, die noch gar manches andere Interessante enthielten — ebenso trösten, wie der französische General Fleury, den er während des deutsch-französischen Krieges nach dem Sturze des napoleonischen Kaiserreichs in Lausanne getroffen habe. Dieser sei, trotzdem er zu den so schwer Besiegten gehörte, merkwürdiger Weise ganz heiter gewesen und habe auf die gefühlvolle Anrede Bambergers geantwortet: „Thut nichts, wir haben uns in den letzten 20 Jahren doch gut amüsirt.“

Das könnten, meint Bamberger, sich unsere Liberalen zu Herzen nehmen. Sie hätten die — „Thätigkeit“ immer als ein Glück betrachtet — Bambergers Privatthätigkeit gipfelt bekanntlich in gewinnbringenden Börsenunternehmungen und seine öffentliche Wirksamkeit im capitalistischen „Ausbau“ des deutschen Reichs, welcher Ausbau — nebenbei gesagt — als Raubbau heute noch immer sich gar zu gut bewährt. — Natürlich ist solche Thätigkeit, vom capitalliberalen Standpunkt aus betrachtet, amüsant, zumal wenn sie so erfolgreich ist. Bamberger schaltet offenherzig, wie man in Weinlaune zu sein pflegt, ein: „Wir haben uns — frivol geredet! — immer amüsirt. Sich zu amüsiren ist auch eine Hauptsache.“

Bamberger ist bei seiner amüsanten Thätigkeit mehrfacher Millionär geworden. Er hat auch, gerade während des französischen Krieges, viel mit Bismarck verkehrt — wie er selbst in der „Nation“ mit vielem Behagen und der für ihn unvermeidlichen Dosis Frivolität verrathen hat. Er war damals an der sauren Arbeit, den „Heros des Jahrhunderts“ für das Bündniß mit dem liberalen Bürgerthum behufs Heraufführung der neuen Aera des Actienschwindels und der Millionärzüchtung breitzuschlagen und ließ sich dafür eingestandenermaßen in politischen Angelegenheiten von dem Blutig-Eisernen als Ober-Preßreptil gebrauchen.

Wenn man sich vergegenwärtigt, wie viel Bamberger in privatwirthschaftlicher und allgemein capitalistischer Beziehung geglückt ist, kann man sich wahrhaftig nicht wundern, daß er sich und seine Capitalsgenossen über die gegenwärtigen Verhältnisse im neuen deutschen Reich mit dem Zugeständniß hinwegtröstet: „Wir haben uns ja immer amüsirt.“

Denn daß die Herren Capitalisten sich amüsiren, tröstet sogar die besten unter ihnen über ihre eigne rücksichtslose Volksausbeutung hinweg. Wo es ihre Profitgier erlaubt, brilliren sie aber noch viel lieber mit ihrem Liberalismus und ihrer unvertilgbaren Feindschaft gegen die Reaction der Conservativen.

So versicherte Bamberger in seiner jüngsten Festrede, er habe jetzt zu seiner Freude gesehen, daß bei der Beschlußfassung über den Antrag Kanitz auf der einen Seite die verbündeten Conservativen und Antisemiten und auf der anderen Seite die sämmtlichen anderen Parteien gestanden hätten.

Das sei, meinte er, eine welthistorische Scheidung, welche zeige, wohin der Geist der Zeit deute.

Damit hatte Bamberger nicht so unrecht. Wer den Geist der Zeit versteht, kann nicht darüber im Zweifel sein, daß sich eine endgiltige Abkehr der Culturvölker und ihrer Geschicke von der Reaction der Conservativen und der Regierung vollzieht.

Aber wie sehr diese Herren Liberalen noch am Alten hängen und wie wenig sie für den Geist der Zeit zugänglich sind und Verständniß haben, das ging aus den in jene Festrede eingeflochtenen Ausführungen Bambergers über die Geschichte des neuen deutschen Reichs hervor.

In der Zeit, sagte er, wo das deutsche Reich gegründet und mit einer demokratischen Grundverfassung ausgestattet wurde, herrschten noch die oberen Zehntausend mit ihrer „feineren Gesinnung und Bildung“ (!), die auch in der aufgeklärten, pflichttreuen Bureaukratie (!) vertreten war. Dieser Geist wirkte noch weiter in dem ersten Jahrzehnt des Reichs; „in diesem ersten Jahrzehnt hat die alte Zeit mit ihrem guten Fortschritt und ihren geläuterten Gedanken noch die großen Massen beherrscht und diese haben ihr ehrfurchtsvoll und getreu (!) Gefolgschaft geleistet. Allmählich aber besannen sich die unteren Elemente auf sich selbst und ihre Macht.“ Da hätten sie die „Treue gegen die oberen Klassen“ fahren lassen und leider hat die „Macht der Gesinnung, die Energie und die politische Fähigkeit des Bürgerstandes nicht ausgereicht, um das Volk in seinem Banne zu erhalten.“

Auch sei es noch ein besonderes Unglück gewesen, daß Deutschland geeint werden mußte durch einen Mann der Partei, die das Gegentheil des Fortschritts repräsentirt. Und es sei tief zu beklagen, daß Fürst Bismarck's Genie aus dem Junkerstande stammen mußte. Bei diesem sei es schließlich ganz natürlich gewesen, daß er zuletzt in eine Richtung verfallen wäre, bei der man von dem Reiche sagen mußte: „Die Junker haben es nicht gemacht, aber für sie ist es ausgeschlagen.“

Nun, daß die liberalen Bürger von der „feinen Bildung und Gesinnung“, mit der die obersten Zehntausend immer nur rein äußerlich übertüncht waren und noch übertüncht sind, sich jeder Zeit zu erbärmlicher Schweifwedelei haben verführen lassen, ist jedem Kundigen bekannt. Aber daß Bamberger heut noch die Stirn hat, von dem guten Fortschritt während der 70er Jahre und den geläuterten Gedanken jener Gründerzeit zu sprechen, das heißt fürwahr die Unverschämtheit zu weit treiben.

Dabei kennzeichnet es allerdings diese Sorte liberaler Führer ganz ausgezeichnet, daß derselbe Mann, der — mit Lasker, Miquel, Bennigsen und Genossen — das Bürgerthum an den conservativen Kanzler verkuppelt und den Liberalismus um etliche Millionen schnödesten Privatvortheils an die Reaction verschachert hat, nun öffentlich darüber jammert, daß Deutschland durch einen so unverbesserlichen Junker geeint werden mußte, und daß die Macht der Gesinnung, die Energie und die politische Fähigkeit des Bürgerstandes (!) nicht ausgereicht habe, das Volk an die liberale Fahne zu fesseln.

In der That, die ungeheuerliche Frivolität und unübertrefflich dreiste Freisinnsheuchelei unserer liberalen Großbürger spiegelt sich in dieser denkwürdigen Rede des nunmehr in wenigen Monaten 73 Jahre alten „Volksmannes.“

Politische Rundschau.

Berlin, den 6. März.

Aus dem Reichstage. Bei der ersten Lesung der Novelle zur Gewerbeordnung hatten sich Centrum und Conservative zu einer reactionären Mehrheit zusammengethan und es in eifriger Besorgniß, daß die Vorlage auch in diesem Jahre nicht verabschiedet würde, durchgesetzt, daß von einer Commissionsberathung abgesehen und die zweite Berathung im Plenum vorgenommen wurde. Heute wurde mit ihr begonnen, obwohl die Geschäftslage des Hauses es eigentlich gebietet, die Fortsetzung der Etatsberathung nicht länger aufzuschieben. Aber die Durchlöcherung der Gewerbefreiheit, die Rettung des Mittelstandes durch die Polizei, die Chikanirung der Consumvereine, die Unterbindung der Volksaufklärung durch Einschränkung des Colportagebuchhandels sind den ultramontanen und conservativen Zünftlern und den Vertretern der sogenannten Mittelstandsbewegung, die bis in die Reihen der Nationalliberalen

Die „Gesellschaft“ von Atzingen.

Eine Geschichte aus der Kleinstadt von Nicolaus Krauß.

18] Nachdruck verboten.

Zörner trat unter die Thür eines Hauses und streckte die Hand aus. „Mitbürger! Freunde! Alles geht gut. Neudorf ist für uns. Männer an die Arbeit! Zeigt, daß noch echtes, deutsches Blut in Euren Adern rollt. Denkt an die Geschichte Eurer glorreichen Vaterstadt. Zeigt durch die heutige Wahl, daß die Söhne noch aus demselben harten Holz sind, wie ihre Altvordern.

„Kopf erhoben,
Nacken steif,
Treu und echt
Niemands Knecht.

Das sei unser Wahlspruch.“ . . .

„So ist's recht. Das ist der Richtige,“ sagte ein Wagner zu seinen Bekannten. „Männer, den wählen wir, der hält zu uns kleinen Gewerbsleuten. Habt's nicht gehört? Er versteht sogar etwas vom Holz.“

„Aber,“ sagte Einer kleinlaut, „wir haben den Schwarz schon auf unsere Zettel geschrieben.“ . . . „Macht nichts, Männer, macht nichts. Mir geht es grade so. Wir wählen trotzdem Zörner.“

„Aber freilich,“ rief ein baumlanger Kerl, — er war Strumpfwirker und Baßbläser bei der Schützenmusik. — „Der Schwarz ist ein Schmutzian. Wie haben wir ihn am Bahnhof angeblasen! Und was haben wir davon gehabt? Nicht einen Tropfen Bier hat er gezahlt, der Kerl.“ —

Die Stimmenabgabe ging im Sitzungssaale der Gemeindevertretung vor sich. Man konnte nicht gleich beginnen, weil — die Wahlurne fehlte. Man suchte in allen Kanzleien; endlich fand man das Porzellangefäß auf dem Tische eines Beamten. Der Diener, welcher die Urne nach oben trug, wunderte sich über die Schwere der Schale, fand es aber nicht für angezeigt, nachzusehen. Als der Bürgermeister den Deckel abhob, um den ersten Stimmzettel hineinzulegen, fuhr er mit einem Aufschrei zurück. Die Wahlurne war bis zur Hälfte mit sauren Gurken angefüllt. Der Beamte war ein großer Biertrinker vor dem Herrn; und weil er Morgens gewöhnlich von Sodbrennen geplagt wurde, hatte er sich eine Portionen eingelegte Gurken in die Kanzlei genommen. Als passendes Versteck hierfür hatte er sich die Wahlurne auserwählt, da diese höchstens alle drei Jahre einmal im Gebrauch kam. Die Commission und die bereits versammelten Wähler brachen in lautes Lachen aus, als sie den Sachverhalt erfuhren.

Es blieb nichts Anderes übrig; der Bürgermeister mußte Jemand nach Hause schicken und einen großen Suppentopf aus seiner Küche holen lassen. Dieser wurde als Wahlurne erklärt, die Stimmenabgabe begann. Die Wähler wurden nach dem Alphabet aufgerufen. Plötzlich drängte sich ein kleines Männchen zu dem Tische vor, an welchen die Wahlcommission Platz genommen hatte und sprach:

„Hoher Gerichtshof! Pardon! Hohe, löbliche Wahlcommission! Ich bitt', meine Stimme außer der Reihe abgeben zu dürfen.“

„Warum?“ fragte der Vorsitzende und legte sein Diplomatengesicht in ernste Falten.

„Meine Frau hat gesagt, nach einer halben Stunde soll ich wieder zu Hause sein. Die halbe Stunde ist um.“

„Geht nicht, mein lieber Mann, Sie müssen warten, bis die Reihe an Sie kommt.“

„Dann pfeife ich auf die ganze Wählerei. Ich werde mir nicht wegen dieser Dummheiten einen „Tanz“ machen lassen.“ Er stülpte sich den Hut über den Kopf, zerriß seinen Wahlzettel und stampfte zur Thür hinaus.

Ein Schneidermeister erhob, als sein Name aufgerufen wurde, die Hand wie zum Schwur und rief: „Hier! Ich wähle Rath Zörner.“ Man machte ihm klar, daß er das hätte gar nicht zu sagen brauchen. Er aber brummte: „Was liegt mir daran, ob's die Anderen wissen. Ich wähle Zörner. Punktum!“

Ein Mann mit großen, rothen Händen und einem schmutzigen Baumwolltuch um den Hals trat vor.

„Sie sind doch nicht Tuchmacher Schwertler? Was wollen Sie?“

„Ich bin der Hausknecht des Schwertler. Mein Herr ist auf die Jagd gefahren und hat mir aufgetragen, seinen Stimmzettel abzugeben.“

„Das ist nicht gestattet. Gehen Sie nur wieder nach Hause.“

„Und den Zettel soll ich wieder mitnehmen? Nein! Mein Herr hat gesagt, ich soll ihn dalassen. Da habt's ihn. Adjes!“ Er warf den Zettel auf den Tisch und entfernte sich in hellem Zorn.

Dem einen hatten seine Kinder den Stimmzettel zerrissen. Er trat zur Wahlurne und wollte der Commission die ganze Geschichte seines Wahlzettels haarklein auseinandersetzen. Ein Ganzschlauer versuchte sich erst vom Vorsitzenden Rath zu erholen, welchen Namen er denn auf den verdammten Wahlzettel schreiben solle. Er wisse keinen Rath, und von seinen Freunden sagten die Einen so, die Anderen so.

Bis in den Sitzungssaal hinein hatte die Agitation ihre Arme gestreckt. Gegen elf Uhr kam der Wahlkampf zum Stehen. In diesen Augenblicken der höchsten Anstrengung und Spannung kam ein schweißtriefender Mann über den Marktplatz herabgerannt. Er schwang eine Depesche über dem Kopfe und schrie in einem fort: „Hoch Neudorf, hoch Zörner!“ Dieser trat ihm entgegen und übernahm das Telegramm. Er warf einen Blick hinein, seine Augen begannen zu leuchten. Schnell gab er die Nachricht an Tolfer weiter. Dieser stellte sich auf einen Prellstein, und in die Menge hinein schmetterte er die siegestrunkenen Worte:

hinein ihre Anhänger haben, wichtigere Dinge, als die öffentliche Besprechung der Pläne der Flottenenthusiasten. Freilich, nach dem Gange der heutigen Berathung zu urtheilen, haben sie keinen Grund, auf eine besondere Beschleunigung in der Erledigung des Gesetzes zu hoffen. Ganz naturgemäß kommen alle die Anträge, die sonst in der Commission besprochen worden wären, jetzt im Plenum vor, und Rechte und Centrum sorgen sogar durch eigene Versuche, die Regierungsvorlage noch reactionärer zu gestalten, für weitschichtige Discussionen. Die Debatten müssen also sehr ins Detail gehen und werden viele Sitzungstage in Anspruch nehmen. Ein letzter Versuch der Abgeordneten Richter und Bennigsen, dem Reichstage diese langwierigen Erörterungen durch eine Commissionsberathung der strittigen Punkte zu ersparen, wurde von der Mehrheit wiederum abgewiesen. Die Haupt-Discussion drehte sich heute um die Erweiterung der polizeilichen Machtbefugnisse gegen die Schauspiel-Unternehmer. Bisher erhielt der Schauspieldirector eine Concession auf seinen Namen und konnte mit dieser Concession überall im Reiche mit Ausschluß Elsaß-Lothringens seine Bühne aufschlagen. Künftig soll die Concession nur für die Person und ein bestimmtes Schauspiel-Unternehmen gelten, außerdem soll die Concessionsertheilung von dem Nachweise genügender finanzieller Mittel und genügender Zuverlässigkeit in sittlicher und artistischer Hinsicht abhängen. Die Prüfung aller dieser Verhältnisse wird der Polizei übertragen, und darin liegt die Gefahr. Außerdem muß es sehr zweifelhaft erscheinen, ob auch den Schauspielern der richtige Bezug ihrer Gagen durch die vorgeschlagene Aenderung mehr als bisher garantirt wird. Schwindler werden Hinterthürchen noch wie vor finden. Mit der Prüfung der „Sittlichkeit" der Directoren wird es nach wie vor übel bestellt sein. Es giebt genug Leute, die ihr Theater als Freudenhaus betrachten und doch mit zahlreichen Orden decorirt sind. An diese Ehrenmänner reicht die Polizei nicht hinan. Von unserer Fraction betonten denn auch die Genossen Reißhaus und Buch daß uns vielmehr an einer Beseitigung der Mißstände liege, die sich im Agenturwesen und im Contractverhältniß zwischen Directoren und Bühnenmitgliedern herausgebildet haben und die darstellenden Künstler und Künstlerinnen zu dem „europäischen Sclavenleben" verdammen, von dem Hackländers bekannter Roman eine die Wahrheit noch lange nicht erreichende Darstellung giebt. Alle Gründe der Linken vermochten die Annahme der betreffenden Bestimmungen jedoch nicht zu verhindern. Den Schluß der Sitzung füllte eine Debatte über die Ausdehnung der polizeilichen Schankconcession auf die Consumvereine aus.

— **Das preußische Abgeordnetenhaus** erledigte am Freitag bei der fortgesetzten Berathung des Cultusetats zunächst das Kapitel „Universitäten". Die am Donnerstag begonnene Debatte über die Strafprofessuren wurde fortgesetzt. Während sämmtliche übrigen Redner dem Minister mehr oder weniger scharf entgegentraten, billigt das Freundespaar **Stöcker** und **Schall** sein Verhalten. Ersterer forderte sogar mit klaren Worten eine Beschränkung der Lehrfreiheit in der theologischen Facultät und mußte sich dafür von Dr. **Virchow** eine glänzende Abfertigung gefallen lassen, die leider nicht zu Ende geführt wurde, da Virchow zu ketzerische Ansichten über den Himmel vortrug, die nach der Meinung des Präsidenten Frhrn. von **Heeremann** beleidigend waren. Bei dem Kapitel „Höhere Lehranstalten" forderten verschiedene Redner eine Aufbesserung der Hilfslehrer, die heute oft 6 bis 7 Jahre auf eine definitive Anstellung warten müssen. Selbstverständlich wurde ihnen vom Regierungstisch die stereotype Antwort zu Theil, sie sollten warten, bis eine allgemeine Gehaltsaufbesserung möglich. — Am Sonnabend Fortsetzung der Berathung.

— **Die Interessenten der Zuckersteuer-Vorlage** sind sehr erregt darüber, daß sich die Linke des Reichstags am Mittwoch nicht ihr Recht, auf die Reden der Freunde der Vorlage noch zu antworten, nehmen ließ, sondern diesen Versuch der Herren von der Rechten mit der Constatirung der Beschlußunfähigkeit des Reichstags beantwortete. Der darüber schimpfenden „Kreuzzeitung" antwortet die „Voss. Ztg." folgendermaßen:

Was war da natürlicher, als daß die Linke von den ihr geschäftsordnungsmäßig zustehenden Mitteln Gebrauch machte, um sich gegen eine Vergewaltigung durch die Mehrheit zu schützen? Wenn die Zuckerbarone und ihre Freunde ein neues Gesetz machen wollen, um auf Kosten der Gesammtheit einen kleinen Kreis von Interessenten zu bereichern, so mögen sie wenigstens dafür sorgen, daß ihre Gesinnungsgenossen zahlreich im Reichstag erscheinen. Die Sitzung begann in Anwesenheit von noch nicht zehn Abgeordneten. Bei Schluß der Sitzung war noch immer die beschlußfähige Anzahl nicht versammelt. Die Auszählung ergab die Anwesenheit von nur 165 Mitgliedern. Die „Kreuzztg." führt die Feststellung der Beschlußunfähigkeit darauf zurück, daß die Linke den Saal verlassen habe. Aber die ganze freisinnige Volkspartei zählt nur 24 Mitglieder im Reichstage. Auch wenn sie alle in der Sitzung gewesen und zu der Auszählung im Saale geblieben wären, hätte man die Beschlußfähigkeitsziffer von 199 Abgeordneten nicht erreicht. Wenn daher die „Kreuzzeitung" sagt: „An scharfen Zurufen der Rechten fehlte es über diese Art, den Reichstag zu discreditiren, nicht", so wären diese Zurufe nur berechtigt, wenn sie sich an die Rechte selbst richteten. Nicht die Feststellung der Beschlußunfähigkeit, sondern die Beschlußunfähigkeit selbst discreditirt den Reichstag. Und es wird allgemach zum öffentlichen Skandal, daß wichtige Beschlüsse gefaßt werden, während nur die Minderheit des Reichstags beisammen ist. Wir würden es für sehr heilsam halten, wenn die Auszählung bei jeder Gelegenheit erfolgte und die Namen der säumigen Mitglieder regelmäßig zur Kenntniß der Wählerschaft gebracht würden. Es ist leider eine unzweifelhafte Thatsache, daß eine ganze Anzahl von Abgeordneten das Mandat nur als ein Mittel ansieht, die gesellschaftliche Stellung zu verbessern, persönliche Vortheile, Beförderung im Amt, materiellen Nutzen zu erlangen, sich aber herzlich wenig der Pflicht bewußt ist, die der Auftrag der Wählerschaft dem Vertreter auferlegt und zumal der Pflicht, an den Arbeiten des Parlaments regelmäßigen und thatkräftigen Antheil zu nehmen.

— **Gegen die Zuckersteuervorlage** wenden sich auch einzelne der Heißsporne unter den Agrariern. So veröffentlicht der bekannte Erfinder des „Schreiens" und Mitgründer des Bundes der Landwirthe, **Ruprecht-Ransern**, in der „Deutschen Tagesztg." die schwersten **Befürchtungen für die Kaufrübenbauern** aus der Zuckersteuer-Vorlage. Entweder **keine Contingentirung** oder wenigstens **Contingentirung der Rübenbauern.** „Mit langem Gesichte werden künftig der mittlere und kleine Kaufrübenbauer dastehen, der glückselig und vertrauensvoll die Kunde von dem neuen Gesetz vernommen hatte, vor dem achselzuckenden Herrn Zuckerfabrikdirector, der zu ihm sagt: „**Bedaure sehr, mein Lieber, ich kann Ihre Rüben nicht mehr gebrauchen, unser Contingent ist gedeckt.**" Oder es geht ihm die Niedergeschlagenheit des Mannes zu Herzen und er spricht: „Es thut mir selbst sehr leid, aber ich kann nicht anders. Da ich aber in früheren Jahren stets mit Ihren Rüben zufrieden gewesen bin, so will ich mit Ihnen eine Ausnahme machen und Ihre Rüben über das Contingent hinaus kaufen, kann Ihnen aber natürlich nur 60 Pfennige pro Centner geben." So und nicht anders werden sich in Zukunft die Abschlüsse der Kaufrübenbauer gestalten."

— **Beim Sturmlauf gegen die Civil-Ehe,** den das **Centrum** bei Berathung der bezüglichen Bestimmungen des **Bürgerlichen Gesetzbuches** unternehmen will, wird es von den **Conservativen** unterstützt werden. Die deutsch-conservative Fraction des Reichstags hat, wie schon kurz gemeldet, einen Beschluß gefaßt, in der Gesetzbuchcommission für die **facultative** Civilehe einzutreten. Es wird zu diesem Zweck zum § 1300 des Entwurfs ein Abänderungsantrag vorbereitet, wonach die Eheschließung **entweder** vor dem Standesbeamten **oder** durch kirchliche Trauung erfolgen soll. Freiherr von Manteuffel hatte bereits bei der Generaldebatte im Plenum des Reichstages einen solchen Antrag in Aussicht gestellt. Die Deutschconservativen werden außerdem, wie die „Post" hört, beantragen, daß aus dem Gesetz über die **Beurkundung des Personenstandes** vom 6. Februar 1875 die Bestimmung in das Bürgerliche Gesetzbuch übernommen wird, wonach die Kosten ausschließlich der Gemeinden obliegen. Am Montag wird auch die **Reichspartei** zu einer Fractionssitzung zusammentreten, in der die Bestimmungen des Entwurfs des Bürgerlichen Gesetzbuches über die Civilehe besprochen werden sollen.

— **Die Zuckerbarone des Saalkreises** fordern Abgeordneten Meyer auf, für die Zuckersteuer zu stimmen. Die Zuckerfabriken und die dabei durch Rübenbau betheiligten Landwirthe hätten seiner Zeit seiner Compromiß-Wahl nur in der Voraussetzung zugestimmt, daß Meyer für die Interessen der Landwirthschaft und Zuckerindustrie mit seiner Person und Namen im Reichstage eintrete. Eine Zwickmühle für den armen Biermeyer, dessen Mandat in allernächster Zeit für ungiltig erklärt werden wird.

— **Für die Reichstagsersatzwahl** im Wahlkreise **Osnabrück-Iburg**, dessen bisheriger unrechtmäßiger Vertreter **Wamhoff** sein Mandat wegen der scandalösesten Wahlfälschungen niedergelegt hat um der Kassirung der Wahl zu entgehen, wird schon wieder nach alter nationalliberaler Methode gearbeitet. Schon jetzt werden, wie die „Freis. Ztg." berichtet, **die Arbeiter des Georgs-Marien-Bergwerks- und Hüttenvereins** aufgefordert, auf den Bureaus **öffentlich zu unterschreiben, wen sie wählen wollen;** und da der Georg-Marien-Bergwerks- und Hüttenverein für Wamhoff stimmt, müssen die Arbeiter schon Wamhoff unterschreiben, wenn sie nicht in der Angst, gekündigt zu werden, leben wollen. Die beste Antwort auf diese Unverschämtheit wäre, daß die Arbeiter trotz ihrer Unterschrift Mann für Mann gegen Wamhoff stimmen. Die Unterschrift verpflichtet sie absolut zu nichts. Aber wenn man sich nicht scheut, jetzt schon so öffentlich die Arbeiter beeinflussen zu wollen, so wird es auch am Wahltage daran nicht fehlen. Das würde dann freilich neuen Grund zur Ungiltigkeitserklärung abgeben können. Aber der Wahlkreis könnte immerhin für die ganze Legislaturperiode zu Unrecht vertreten sein — wenn Herr Wamhoff wieder gewählt wird.

— **Dresden**, 4. März. Noch einmal vor der Besiegelung des Wahlrechtsraubes, die am Donnerstag von der zweiten Kammer vorgenommen wurde, hatten sich die Arbeiter von Dresden Dienstag zum Massenprotest zusammengefunden. Sechs große Versammlungen, in denen die Genossen Dr. Gradnauer und die Abgg. Geyer, Goldstein, Fräßdorf, Kaden und Hofmann referirten, sollten zeigen, daß der Grimm über das schmähliche Attentat durch die Verzuckerungsversuche der Deputation nicht geringer geworden ist. Und die Versammlungen bezeugten dies in deutlicher Sprache. Der Zudrang war überall ein außerordentlicher. Die Stimmung spiegelte mit wünschenswerther Klarheit die zornentflammte Empörung über den Vergewaltigungsversuch der Reaction wieder. Solche Ausbrüche der Volksstimmung mögen nun der Regierung sehr unangenehm sein. Denn die an sich schon außerordentlich nervöse Polizei war gestern noch gereizter. Jeden Augenblick wurden ohne ersichtlichen Grund die Redner unterbrochen. In der Güldenen Aue entzog der Polizeibeamte dem Genossen Kaden nach etwa 15 minutigem Sprechen das Wort. Warum? — Kein Mensch wußte es! Das gleiche Schicksal ereilte einen anderen Redner, dann wurde die Versammlung aufgelöst. Entrüstungsstürme waren die Antwort. Im Trianon war es Genossen Gradnauer gelungen, der polizeilichen Empfindlichkeit bis zum Schluß seiner Rede jede Handhabe zu nehmen; da beim letzten Satz wurde ihm das Wort entzogen. Das entstehende Gelächter und der Gradnauer gespendete Beifall waren Anlaß, daß auch diese Versammlung aufgelöst wurde. Unter nicht endenwollenden Hochrufen auf das allgemeine Wahlrecht ging die Menschenmasse auseinander. In den nicht aufgelösten Versammlungen wurde die folgende Resolution überall einstimmig und mit heller Begeisterung angenommen:

„Die heutige Volksversammlung erhebt in letzter Stunde vor der Schlußberathung des Dreiklassen-Wahlsystems in der Zweiten Kammer nochmaligen schärfsten Protest gegen die Durchführung der ungeheuerlichen Volksentrechtung. Als eine solche

---

„Neudorf, Wahlresultat: Dr. Schwarz 285 — Förner 327 Stimmen, 10 Stimmen zersplittert."

Der Jubel der Förnerpartei war unbeschreiblich. Die Schwarzianer verließen die Wahlstatt. Am Nachmittage wurde ihre Niederlage besiegelt. Von 750 abgegebenen Stimmen waren auf Förner 450 entfallen, 270 hatte Dr. Schwarz erhalten, 8 Stimmen waren zersplittert und 2 Wahlzettel ungiltig. Der eine war gar kein Wahlzettel, sondern eine unbezahlte Schneiderrechnung, auf dem zweiten stand: „Ich wähle den Scharfrichter. Hieronymus Frühling."

Förner verließ als Triumphator das Stadthaus. Vor demselben erwartete ihn eine Musikbande. Zwei kräftige Burschen hoben ihn auf die Schultern, und inmitten eines großen Hurrah und Hoch schreienden Menschenhaufens ging's nach der Villa vor dem Thore. Dort floß das Freibier in Strömen. — —

An den folgenden Tagen fanden die Gemeindewahlen statt. Die Agitation war eine noch viel heftigere. Bei der Landtagswahl hatte es sich in der Person des Dr. Schwarz um einen Fremden gehandelt, für den sich in's Zeug zu legen kein Anhänger so recht sich verpflichtet hielt. Diesmal war das anders, jetzt standen sich nur Söhne der Stadt gegenüber. Die Familienverbindungen kamen zu ihrem Rechte. Trotz alledem drang die Liste des Herrn Lesser fast vollständig durch. Im dritten Wahlkörper hatte er von allen Gewählten die meisten Stimmen erhalten. Als er das Resultat erfahren, hatte er sich in seinem Salon vor den großen Spiegel gestellt, eine tadellose Verbeugung gemacht und siegestrunken geflüstert: „Guten Abend, Herr Bürgermeister!" — — —

Beim Abendessen war er nicht erschienen. Als die Kinder sich entfernt, faßte Emilie Toisers Hand und sprach: „Ich danke Ihnen, Engelbert, für Alles, was Sie für meinen Gatten gethan."

Toiser behielt die Hand in seiner Rechten und sah der Frau in die Augen. Ein Zittern durchlief ihren Körper, als er zu sprechen anhob: „Und weiter hast Du mir nichts zu sagen, Emilie? Sollen wir für immer die schwere Bürde einzeln tragen, neben einander herwandelnd, so nah einander, und doch so fern, so weltenfern?"

Die Frau senkte den Blick, in ihren Wangen kam's heraufgestiegen purpurroth. Und als sie wieder das Auge hob, stand es darin von seltsamem Schimmer.

Toiser hatte sich erhoben. „Emilie! Ich habe mit Lesser schon gesprochen. Ende dieser Woche verlasse ich die Stadt."

„Wohin willst Du?" schrie die Frau und sprang in seine Arme. „Von hier weg? . . . Einmal muß ich Dich küssen, Du lieber Mann." Sie erfaßte mit beiden Händen sein Haupt und bog es herab, und ihre Lippen hefteten sich an seinen Mund. Dann umschlangen ihre Arme seinen Körper und preßten ihn an sich in wildem Glück.

Aber plötzlich stieß sie Toiser von sich. „Geh!" sagte sie und griff nach dem Herzen. „Geh! Ich fürchte mich vor Dir . . . und vor mir selbst."

Und als er sich auf ihr Geheiß hin entfernt hatte, sank sie auf den Stuhl zurück und schlug die Hände vor das Antlitz, und zwischen den Fingern kam es hervorgeperlt, das flüssige Naß, erst in einzelnen Tropfen, dann schneller, immer schneller, bis eine Zähre die andere schlug.

X.

Die übrigen Tage der Woche verliefen ruhig. Die Wogen der Leidenschaft hatten sich geglättet, die kleine Landstadt zeigte wieder ihr einförmiges, harmloses Gepräge. Unter den Kastanien in den Gärten spielten lärmende Kinder. Die Männer gingen nach Feierabend ins Wirthshaus, und die Weiber klatschten wie sonst: über das neue Kleid einer Nachbarin, über die Schönheit der eigenen und die Häßlichkeit der fremden Kinder, über den Aufwand der Frau Dr. Wessenauer, über die Schlechtigkeit der Welt. Der politische Streit war vergessen, Niemand hatte dafür mehr eine Werthschätzung. Die Wahlen waren vorübergegangen wie ein Fieberanfall.

Im Hause des Herrn Lesser war es noch ruhiger wie sonst. Der Hausherr hielt fleißig Besprechungen mit den Gemeindeausschüssen seiner Partei.

Freitag Nachmittag ging Toiser auf das Telegraphenamt und gab eine Depesche nach Marienbad auf. Grimmige Freude lag auf seinem Gesichte, als er das Gebäude verließ. Chrysander hatte es übers Herz gebracht, seit acht Tagen sich von Franzensbad fernzuhalten. Er ging herum mit einem Gesichte, als hätte er ein neues philosophisches System erfunden. Fast alle Tage kam er zu Toiser, um diesem mit Lobpreisungen Cittys die Ohren vollzumachen, und um ihn zu fragen, ob denn der Wagen ganz bestimmt auch zur festgesetzten Stunde an dem verabredeten Orte sein werde.

Sonnabend Nachmittag war die erste Sitzung der neugewählten Gemeindevertretung; es sollte der Bürgermeister gewählt werden. Um ein Uhr ging Toiser nach dem Bahnhofe. Er war kaum unter die glasbedeckte Halle getreten, als der von Marienbad kommende Schnellzug einfuhr. Im nächsten Augenblick schüttelte Engelbert einem ältlichen, sehr beleibten Herrn, der aus einem Wagen erster Klasse stieg, die Hand.

„Haben Sie Gepäck bei sich?" fragte Toiser.

Der Dicke verneinte durch eine Kopfbewegung.

„Dann bitte, folgen Sie mir." Sie durchschritten den Bahnhof, und Toiser wandte sich nach dem nahegelegenen Gasthof. In dem großen Garten stand in einer Ecke ein Sommerzelt; dorthin richteten die Beiden ihre Schritte.

Ein dienstfertiger Kellner sprang herbei und fragte um ihre Wünsche.

„Eine Flasche Gumpoldskirchner mit Gießhübler!" sagte der Dicke und ließ sich seufzend auf einen Stuhl fallen.

(Fortsetzung folgt.)

Entrechtung der großen Masse des sächsischen Volkes stellt sich die Vorlage, wie sie nunmehr aus den Berathungen der Deputationen hervorgegangen ist, dar. 80 Procent der kleinen und mittleren Leute werden jeder selbstständigen politischen Willensmeinung beraubt und der Willkür von 20 Procent der Wohlhabenden und Reichen rücksichtslos ausgeliefert. Den Unbemittelten und Armen wird der gesetzliche Weg zur Verbesserung ihrer wirthschaftlichen Lage versperrt. Die heutige Versammlung spricht ihre Ueberzeugung dahin aus, daß das gesammte entrechtete sächsische Volk sich geschlossen zum politischen Krieg gegen die herrschenden Klassen, die ihm sein Bestes zu entreißen sich vermessen, organisirt. Jeder einzelne Mann verspricht, diesen politischen Krieg unentwegt und überzeugungstreu mitzukämpfen, bis daß schließlich doch Gerechtigkeit über Unterdrückung, Volkswohlfahrt über capitalistische Ausbeutungsgier den endlichen Sieg davontragen wird. Die Versammlung erklärt insbesondere noch, daß sie die Vorbringungen der Wahlrechtszerstörer gegen die Socialdemokratie, wie wenn diese „alles umstürzen" und „alle staatliche Ordnung vernichten" wolle, als elende Verleumdungen und Vorwände zum Zwecke der Errichtung der Alleinherrschaft des Capitals zurückweist. Die Versammlung erkennt vielmehr an, daß sie in der Socialdemokratie diejenige Partei sieht, welche stets unermüdlich für Besserung der Lage der arbeitenden Klasse gekämpft hat, welche nicht „Ordnung vernichtet", sondern Neuordnung zu schaffen gewillt ist an Stelle der heutigen capitalistischen Unordnung, unter der die Millionen des werkthätigen Volkes den mannigfachsten schwersten Leiden ausgesetzt und von der Antheilnahme an den Culturgütern ausgeschlossen sind. Die Versammlung gelobt daher, allzeit treu zur Socialdemokratie stehen zu wollen unter der Losung: Durch Kampf zum Sieg!"

— Gegen panamistische Gelüste sich zu wehren, scheint man auch in Leipzig Ursache zu haben. Im dortigen Stadtverordneten-Collegium ist folgender Antrag eingebracht und dem Verfassungs-Ausschuß überwiesen worden:

1. Kein Mitglied des Rathes und des Stadtverordneten-Collegiums darf einer mit der Stadt im Vertrags- oder Concessionsverhältniß stehenden Erwerbsgesellschaft als Aufsichts- oder Verwaltungsmitglied angehören.

2. Mitglieder des Rathes und des Stadtverordneten-Collegiums, welche an Gesellschaften der gedachten Art als Actionäre betheiligt sind, haben sich in Angelegenheiten, welche das geschäftliche Interesse dieser Gesellschaften berühren, der Theilnahme an der Beschlußfassung und, wenn nicht im gegebenen Falle ausdrücklich das Gegentheil beschlossen wird, auch an der Berathung zu enthalten. (R.-St.-O. § 70.)

3. Kein Mitglied des Rathes und des Stadtverordneten-Collegiums darf ohne ausdrückliche Genehmigung beider Collegien als Gewerbetreibender Lieferungen und Arbeiten für die Stadt übernehmen oder bei Submissionen auf solche den Zuschlag erhalten. Die Verhandlungen des Stadtverordneten-Collegiums haben in einem solchen Falle in öffentlicher Sitzung stattzufinden.

Die Festsetzung ähnlicher Bestimmungen würde sich auch an anderen Orten empfehlen.

Schweiz.

Telegramme und Zeitungsartikel melden nach allen Erden, daß der schweizerische Eisenbahnerstreik abgewendet sei. Diese Nachrichten sind mit Mißtrauen aufzunehmen, denn die Lohnbewegung der Eisenbahner ist thatsächlich noch nicht beendet. Wohl hat ein Einverständniß mit den Angestellten der Bahnen erzielt werden können, aber die „Parias" der Eisenbahner — die Eisenbahnarbeiter — sind leer ausgegangen. Ihre Forderungen wurden rundweg abgelehnt mit dem nichtssagenden Troste, daß man sie nochmals einer „wohlwollenden" Prüfung von Seiten der Verwaltungen unterziehen wolle. Und was verlangen denn die Arbeiter so Ungeheuerliches? Sie verlangen 3,50 Franken Minimal- und 5 Franken Maximaltagelohn. — Der Maximallohn soll in 15 Dienstjahren erreicht sein; ferner fordern sie zehnstündige Arbeitszeit und Einschluß in die vom Verband des Personals schweizerischer Transportanstalten aufgestellte Dienstpragmatik. Und mit allen diesen Forderungen wurden sie schnöde abgewiesen. Die schweizerische Presse bringt spaltenlange Artikel über die Beilegung des Streikes der Eisenbahnangestellten mit den einzelnen Verwaltungen, aber erwähnt mit keiner Silbe die schroffe und schnöde Ablehnung der Arbeiter. Es ist unbegreiflich, wie der Leiter der Lohnbewegung, Herr Dr. Sourbeck, die Arbeiter so ganz und gar „vergessen" konnte. Der abgeschlossene Vergleich zeigt zwar weise Mäßigung, entspricht aber durchaus nicht der Aarauer Resolution. Dort gelobten sich Arbeiter und Angestellte unverbrüchliche Solidarität im kommenden Kampfe. Und heute werden die Arbeiter von den Angestellten im Stiche gelassen. Nun aber wollen die Arbeiter allein vorgehen. In den am letzten Sonntag in Basel, Olten, Bern, Luzern von Eisenbahnarbeitern abgehaltenen Versammlungen wurde beschlossen, an den aufgestellten Forderungen festzuhalten und wenn die Direction der Schweizer Centralbahn — um die handelt es sich zunächst — auf ihrer ablehnenden Haltung beharrt, soll der Streik der Eisenbahnarbeiter auf den Stationen Basel, Olten (Bahnhof- und Werkstättearbeiter), Bern und Luzern erklärt werden. Dieser Ausstand wird circa **3000** Arbeiter umfassen, dürfte aber jedenfalls auch nicht lange dauern. Die Verwaltung der Schweizer Centralbahn wird nachgeben müssen, wenn sie keine Verkehrsstörung herbeiführen will. Ob sich die Angestellten ihrer in Aarau versprochenen Solidarität erinnern werden und ihr gegebenes Wort einlösen? Nach obiger Schilderung dürfte es zweifelhaft sein.

Das Volk des Cantons Bern hat am Sonntag die zur Abstimmung gelangten Gesetzesvorlagen verworfen. Das Gesetz über die bürgerlichen Folgen des Concurses oder der fruchtlosen Pfändung unterlag mit 36,729 gegen 16,298 Stimmen. Das Gesetz, welches die obligatorische amtliche Inventarisation in Todesfällen vorschrieb, unterlag mit 34,972 gegen 19,749 Stimmen, und endlich wurde noch ein Flurgesetz, welches die Güterzusammenlegung fördern und der Parzellenwirthschaft möglichst entgegenarbeiten sollte, mit 30,269 gegen 20,639 Stimmen verworfen, und ein Gesetz für Erhöhung der Leistungen des Staates für Prämien für Förderung der Vieh- und Pferdezucht mit 27,095 gegen 26,160 Stimmen. Die verwerfenden Mehrheiten für die beiden letzten Gesetze wären noch größer gewesen, wenn dieselben in den Städten nicht angenommen worden wären.

Italien.

Stürmische Ausbrüche der furchtbarsten Empörung haben sich in diesen Tagen in ganz Italien gezeigt, in den großen Städten wie in kleinen Ortschaften. Das waren schon nicht mehr einzelne Kundgebungen Unzufriedener, das ist die latente Revolution, die jeden Augenblick ausbrechen kann. Und wenn sie ausbricht, wird sie nicht bei Crispi stehen bleiben, sondern auch vor dem Throne nicht Halt machen. Die absolute Unfähigkeit des Monarchen „von Gottes Gnaden", welcher sich unbedingt der Leitung des vor aller Welt verschiedener gemeinen Verbrechen überführten Crispi überließ, ist nicht geeignet, Respect vor der Monarchie einzuflößen. Was die Aufregung in Italien noch bedeutend steigert, das ist der Umstand, daß die Regierung über die Größe der Verluste keine Auskunft geben kann, oder — was wahrscheinlicher ist — nicht geben will. Zwar wird eine lange Depesche veröffentlicht, welche eine Menge von Details über die Entwickelung der Schlacht bei Adua giebt und die Stellungen und Bewegungen der einzelnen Truppenkörper eingehend schildert. Der Ausgang des blutigen Kampfes wird aber nur in folgenden, wenig informirenden Sätzen angedeutet: „Während eines Augenblickes glaubte man an unseren Sieg, aber zahlreiche Schaaren von Feinden vereinigten sich an der rechten Seite und warfen sich auf Tabarwida, der dann der Rückzug in der entgegengesetzten Richtung nach dem Passe Rebbi Arima anbefahl, der sich in voller Ordnung vollzog. Unsere Artillerie schoß gut, sie verschoß alle ihre Munition. Der Rückzug wurde durch mehrere Bajonnettangriffe gedeckt. Oberst Ragni übernahm den Befehl des Rückzuges nach Sauriat mit der vereinigten Brigade, die Alle ihre Gewehre hatte; die Kanonen mußten bei Sauriat zurückgelassen werden in Folge eines Angriffes auf die Front und in der Flanke. Gegen Abend setzte die Colonne den Rückzug fort und theilte sich in zwei Theile, von denen der eine unter Oberst Ragni in relativ gutem Zustande gegen Adi Caja über Entichia marschirte. Die Soldaten hatten Lebensmittel in Reserve. Von dem anderen Theil der Colonne sind noch keine Nachrichten eingetroffen."

Frankreich.

Es war kein übler Gedanke vom Ministerpräsidenten Bourgeois, den Präsidenten der Republik auf seiner Reise nach Südfrankreich zu begleiten. Die günstige Aufnahme, deren das Kabinet des demokratischen Cabinets bei der Bevölkerung der großen Städte von vornherein sicher sein konnte, mußte ihm in der gegenwärtigen Situation, unmittelbar nach der Schilderhebung des Senats und den antiministeriellen Wahlen in die Budgetcommission, doppelt willkommen sein. „Das Land, die Nation ist auf unserer Seite!" prahlten die Reactionäre des Senats und der Kammer. Die zahlreichen Kundgebungen zu Gunsten Bourgeois und seiner Politik, die sich in den besuchten Städten in spontaner, aus dem Herzen kommender Weise wiederholen, sind ebenso viele Ohrfeigen an die Adresse der reactionären Prahlhänse. So gestaltet sich denn die Reise des Präsidenten, sonst eine harmlose patriotische Hurrahparade, zu einem politisch bedeutsamen Ereigniß. Und was die Ordnungsleute am meisten ärgert, das ist der Umstand, daß Felix Faure selbst bei jeder Gelegenheit sein herzliches Einvernehmen mit dem radikalen Ministerpräsidenten offen kundgiebt. Auf die Rede des Vorsitzenden der Lyoner Handelskammer, worin das Programm des Ministeriums scharf kritisirt wurde, antwortete Faure sogar mit einer wenig verblümten Rechtfertigung desselben. Auf dem Bankett im Lyoner Rathhause gab er deutlich zu verstehen, daß seine Haltung während des Conflicts streng verfassungsmäßig gewesen sei, so die Anmaßungen des Senats indirect zurückweisend. Kurz, aus dem opportunistischen Saulus ist ein radikaler Paulus geworden. Faure hat eben eine feine Nase dafür, von welcher Seite der Wind der Popularität weht. — Das politische Ergebniß der Reise wird, wie die schäumende Wuth der Ordnungspresse am besten zeigt, die Stärkung des Cabinets und die völlige Entmuthigung der Geldsackopposition sein.

Die Budgetcommission arbeitet gegen die Steuerreform in gar plumper Weise. Sie hat beschlossen, die Handelskammer und landwirthschaftlichen Vereinigungen, d. h. die Organisationen der Großbourgeoisie über die Wirkungen der Einkommensteuer zu befragen. Dagegen wurde der Vorschlag des Radikalen Merlou, eine gleiche Anfrage an die Genossenschaften zu richten, abgelehnt. Eine arge Blamage für die Commission, die bis dahin ihre capitalistischen Tendenzen unter der Maske der Arbeiterfreundlichkeit zu verbergen suchte.

Spanien.

Die Kriegslust der Spanier scheint bereits bis zur Siedehitze gesteigert zu sein. Die wackeren Hidalgos halten es für vollkommen überflüssig, mit den thatsächlichen Verhältnissen zu rechnen, obwohl die Blätter spaltenlange Erörterungen über die Kampfmittel Spaniens und der Vereinigten Staaten anstellen. Massenhaft erbieten sich Freiwillige für den Kriegsfall. Der Kriegs- und der Marineminister lassen eifrig rüsten. Die Regierung unterhandelt mit der deutschen Mauser-Gewehr-Fabrik dahin, daß sämmtliche Gewehre, die während der nächstens sechs Monate mit dem Aufgebot aller Kräfte hergestellt werden können, nach Spanien geliefert werden. So berichtet wenigstens die „Frankf. Ztg.". Vorerst wurden 40,000 Mauser-Gewehre für Cuba und 80,000 für Madrid bestellt. Die Regierung will die 49 Provinzen Spaniens auffordern, im Kriegsfall je ein Kaperschiff zu stiften. Auch fand in Barcelona eine Versammlung von Capitänen der Kauffahrteischiffe statt, die über die Organisirung der Kaperei für den Kriegsfall berieten.

Ein Angriff auf das Koalitionsrecht der Tabakarbeiter.

Der Mangel an Garantien für das Coalitionsrecht der Arbeiter ist geradezu eine Prämie auf den Uebermuth des Unternehmerthums. Insbesondere berüchtigt sind in diesem Punkte die Tabakindustriellen. Trotzdem diese Leute aus der Organisation der Arbeiter selber Vortheil gehabt haben, insofern als der Verband der deutschen Tabakarbeiter Miquels Pläne in Beziehung auf neue finanzielle Belastung der Tabakindustrie durch Veranstaltung zahlreicher und sehr bedeutungsvoller Versammlungen in ganz Deutschland durchkreuzen half, maßt man sich in den Kreisen der Tabakindustriellen schon wieder an, den Tabakarbeitern die Zugehörigkeit zu ihrer Organisation durch Androhung des Arbeitsverlustes zu untersagen. Aus Bremen wird darüber gemeldet: Wegen Differenzen mit der Firma Klevenhusen haben etwa 200 Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Der Fabrikantenverein hat sich in einer Versammlung am 2. dies. Monats mit dieser Angelegenheit befaßt und einstimmig folgenden Beschluß gefaßt: „Die Mitglieder sind verpflichtet, allen Arbeitern (Cigarrenmachern, Sortierern, Wicklern und sonstigen Hilfsarbeitern), welche nicht nach dem festgestellten Formular schriftlich bestätigen, daß sie keinem Verein angehören, der den Streik bei der Firma G. Klevenhusen billigt und die Streikenden unterstützt, in Bremen, Schwachhausen, Hemelingen auf den 17. März, in der übrigen Gegend auf den 31. März zu kündigen und dieselben an diesen Tagen zu entlassen, falls nicht bis dahin seitens der Firma G. Klevenhusen die Mittheilung eingegangen ist, daß die Arbeit bei ihr wieder aufgenommen ist."

Die bremischen Tabakarbeiter gaben auf die Provocation die Antwort in folgender Resolution, die in einer großer öffentlichen Versammlung am Montag einstimmig angenommen wurde: „Die Versammlung erkennt in dem Vorgehen der Firma Klevenhusen einen Angriff auf das Vereinigungsrecht der Tabakarbeiter. Die Arbeiter haben nach dem gehörten Bericht die Hand zum Frieden geboten. Die Firma Klevenhusen hat eine ablehnende Stellung eingenommen. Die übrigen Fabrikanten lassen durchblicken, daß sie unter Umständen geneigt sind, sämmtliche Arbeiter von Bremen und Umgegend auszusperren, wenn die Klevenhusen'schen Tabakarbeiter nicht nachgeben. Die Versammlung ist entschlossen, allen Angriffen ruhigen Muthes entgegen zu sehen; sie erwartet von allen Tabakarbeitern, daß sie in gewohnter Weise zum Schutze ihrer Arbeitskraft und des Vereinigungsrechtes eintreten, selbst auf die Gefahr, daß die Arbeiter wochenlang auf der Straße liegen. Die Versammlung verlangt es umsomehr, als seit Jahren es unausgesetzt die Fabrikanten vorziehen, die Fabriken zu verlegen. Es ist besser, mit einem Schlage alles zu verlieren, als langsam verhungern, alsdann zieht mit dem Fortziehen der Fabriken auch die Agitation für das Arbeiterrecht in die Filialen der Bremer Cigarrenfabriken ein." Weiter wurde beschlossen: „Falls es vorkommen sollte, daß die übrigen Fabrikanten von Bremen und Umgegend einen Theil ihrer Arbeiter entlassen, so sind die nach Verbleibenden gehalten, sich sofort solidarisch zu erklären und demgemäß zu handeln."

Die Aussperrung der Bremer Tabakarbeiter scheint übrigens von langer Hand vorbereitet — ohne Zweifel ist es auf die Sprengung der Arbeiterorganisation abgesehen — denn von Hemelingen, wo sich zahlreiche Cigarrenfabriken befinden, sind die Unternehmer in gleicher Weise vorgegangen. Fast sämmtlichen Tabakarbeitern ist bis zum 17. März gekündigt. Gleichzeitig wurde ihnen gesagt, wenn sie einen Revers unterschreiben wollten, laut welchem sie aus dem Unterstützungs-Verein Deutscher Tabak-Arbeiter austreten, sowie die Collegen von Klevenhusen nicht unterstützen, so könnten sie weiter arbeiten, wenn nicht, dann würden bis zum 31. März die Tabakarbeiter von Achim, Langwedel und Verden nachfolgen. Daraufhin wurde sofort von sämmtlichen Fabriken eine Commission zusammenberufen und sämmtliche Cigarren-Arbeiter beschlossen, nicht am 17., sondern schon am 7. März die Arbeit niederzulegen und auf die anscheinend aus Humanität festgesetzte vierzehntägige Kündigung zu verzichten.

Eine sofort einberufene Versammlung der Tabakarbeiter beschloß: „Die heute den 3. März im Locale des Herrn Lünemann zu Hastedt tagende öffentliche Tabakarbeiter-Versammlung erklärt das Ansinnen der Fabrikanten, einen Revers zu unterschreiben, dahingehend, aus dem Unterstützungsverein D. T.-A. auszutreten, sowie die Collegen der Fabrik von Klevenhusen nicht zu unterstützen, als dem freien Willen der Arbeiter zuwider, vielmehr erklärt die heutige öffentliche Tabakarbeiterversammlung, treu und fest zum Unterstützungsverein D. T.-A. zu halten."

Sofern die Fabrikanten ihren übermüthigen Plan ausführen, wird wieder über weite Kreise der Arbeiterschaft unsägliches Elend hereinbrechen. Die Schuld trifft wie in anderen Fällen so auch hier den Reichstag, weil er es im Interesse der besitzenden Klasse unterließ, das Coalitionsrecht der Arbeiter mit Garantien zu umgeben.

Wie würden die Vertreter der capitalistischen Ordnung eifern, wenn es den Arbeitern einfiele, den Unternehmern Vorschriften zu machen, welcher Berufsorganisation sie angehören dürfen oder nicht! Den Arbeiter vor derartigen unverschämten Zumuthungen zu schützen, fällt niemandem ein, obwohl selbst die auf den Universitäten gelehrte bürgerliche Volkswirthschaft den Grundsatz aufgestellt hat, daß das moderne Verhältniß des Arbeitnehmenden zum Arbeitgebenden ein Vertragsverhältniß gleichberechtigter Personen, nicht ein Verhältniß zwischen Herrn und Knecht ist.

Rohtabake.

größte Auswahl, ◆ beste Qualitäten, ◆ billigste Preise

Seydel & Junghans,

870 Carlsstraße 30.

Auffallend

billig empfiehlt nur gute Qualitäten

schwarze Kleiderstoffe.

798 **Reine Wolle,**

Mtr. 0.75, 0,90, 1,20, 1,30, 1,50–3,00 Mk.

Confirmanden - Costüme

von 8 Mark an.

Damen-Costüme, Blousen u. Kinderkleider.

Größte Auswahl. Elegante Façons

H. Silberstein,

Friedr.-Wilhelmstr. 71.

Feste Preise. ✖ Feste Preise.

Herren- und Knaben-Garderobe

in jeder Größe vorräthig auf Lager.

Anfertigung nach Maaß vom einfachsten bis zum elegantesten Genre zu billigsten, aber festen Preisen. 664

Hoffmann & Górski,

Friedrich-Wilhelmstrasse 71.

Eugen Hecht

Special - Haus für Damenkleiderstoffe,

Manufactur-, Leinen-, Gardinen- und Confections-Magazin.

Wäsche-Fabrik en gros und en détail.

Friedr.-Wilh.-Str. 14, neben dem „Deutschen Kaiser"

empfiehlt zu ganz besonders preiswerth:

Reinw. schwarze Cachemire und Fantasiestoffe, sowie buntfarbige Kleiderstoffe in allen denkbaren Farben und Mustern, worin täglich Neuheiten eingehen. 555

Billigste Bezugsquelle von fertigen Damen-Costümen und Mädchenkleidern in sauberster Ausführung.

Streng feste Preise. Reellste Bedienung.

Für Baugeschäfte: Aexte, Rodwerke, Barren, Siebe, Dachspließen, eiserne Schaufeln, Maler- u. Steigeleitern etc. Für Bäcker: Wurzel- und Strohschäufeln, Schieberstangen etc. Außerdem großes Lager von Böttchergefäßen und Korbwaaren, Haus- und Küchengeräthen, Bade- und Sitzwannen, Fleischermulden, empfiehlt zu kostenbilligen Preisen

E. Rother, Neumarkt No. 26

und alleinstehende Bude 322. 541

Leopold Bermann,

Damen - Mäntel - Fabrik,

BRESLAU,

55, Reusche-Strasse 55,

Parterre und I. Etage. 719

Größte Auswahl

aller Neuheiten

der Saison.

Bekannt billigste Bezugsquelle Breslaus.

Drogerie „Zum Kranich",

Matthias-Strasse 4,

gegenüber der Oderthorwache,

605 empfiehlt

Leinöl, Firniss, Lacke, Farben, Leim, sowie sämmtliche Medicinal- und technische Drogen zu billigsten Preisen.

Meine Butter- u. Käse-Handlung

verbunden mit Frühstücksstube (versch. Biere)

empfehle einer geneigten Beachtung. 640

Rosa Gadiel, Graupenstraße 19.

Confirmationskleider

reine Wolle 6.50, schwarze und weiße Stoffe enorm billig. Kragen und Capes in reizenden Ausführungen zu auffallend billigen Preisen. 690

S. Danziger, Adalbertstr. 20.

Fabrik von Arbeiter-Garderobe

Specialität: Arbeiter-Hosen, Hemden u. Jacken

in allerbilligsten bei **E. Liedecke,** Stockgasse 30 163

Cacao

garant. rein, absolut löslich, p. Pfd. 1,40. 1,60, 1,80 2,00, 2,40.

Bruch

ff. Vanille-Chocolade

garantirt rein, 526

per Pfd. 80 Pf.

feinste per Pfd. 1.00 Mk.

Chocolade Hauswaldt,

Chocolade Sarotti,

Chocolade Hildebrand & Sohn,

Chocolade Souchard Neuchâtel,

sowie

alle Confecte, Bonbons

billigst

in vorzüglicher Qualität.

Special-Geschäft der Cacao-, Chocoladen- u. Zuckerwaaren-Industrie

B. Pohl,

Neumarkt 16,

Ring 20, Becherseite,

Schmiedebr. 42, Adlerhaus.

Confirmanden-Anzüge

in größter Auswahl zu billigsten Preisen. 658

J. Schönfeld,

19, Schmiedebrücke 19

(Silberne 19).

Wilhelm Langner,

Cigarren-Fabrik

Bismarckstr. 38,

empfiehlt zum Sagen billigsten

Cigarren

einer geneigten Beachtung. 680

Arac Rum Cognac

echt importirt en gros u. en détail.

Französische Weinbrände

feinste, feinste, feinste, Rauchfleischer, Ungar. Weine.

Original- und Tafel-Liqueure

Stonsberger Kirschbitter, 539 Manderinen-Ginger, Kemphitter, Kaffeier Cacao etc.

„Rachod",

Magen- und Cholera-Bitter, alten Breslauer Korn mit Wein abgezogen, Apfelkorn, Johannisbeerwein, Himbeerwein, Kirsch- und Eichen-Branntwein, Essig.

Rhein-Essig und Mostrich empfiehlt

Hermann Seidel

BRESLAU, Ring 27.

Telephon No. 8.

Bestellungen: In Breslau in Breslau, in Breslau in Breslau.

Dauerh. Stiefeln und Gamaschen kauft man am reellsten und billigsten nur bei

Adolf Gottwald Volkslieferant, Neumarkt 44. 581

Wilhelm Schwarz's Aechte Homburger Hosen,

jetzt Carlsplatz und Ohle-Ecke.

Das berühmte Specialgeschäft sämmtlicher Arbeitersachen en gros und en détail, früher am Neumarkt Nr. befindet sich jetzt nur

Carlsplatz und Ohle-Ecke

vis-à-vis der Städtischen Sparkasse.

615 Wilhelm Schwarz.

Hut-Fabrik-Niederlage

Carl Hitze Schmiedebrücke 30 Ecke Ursulinerstr.

unstreitig reellstes

692 und billigstes

Hut-Geschäft.

Enorme Auswahl.

Streng feste Preise.

Getreide-Kornbranntwein

vorzügliche Qualität, offerirt einem geehrten Publikum en détail und en gros zu den billigsten Preisen 3849

die Dampf-Branntwein-Brennerei von

Reinhold Richter vorm. **Theodor Köhler,**

Matthiasstraße Nr. 75, „Zum rothen Stern."

Zur Confirmation

empfehle schwarze und weisse Stoffe

zu bekannt billigen Preisen, 661

Moritz Krebs, Schmiedebrücke 7 (blauer Hirsch).

Rosenberg & Mugdan

Ring 34 BRESLAU Ring 34

empfehlen

Frühjahrs-Jackettes

von 2 bis 5 Mark

in grösster Auswahl. 718

Nur 1 Mark. **Schultaschen** Nur 1 Mark

mit vollständiger Einrichtung für Anfänger.

Vom 10. bis 20. März cr. verkaufen wir in unseren 3 Geschäften

Friedrich-Wilhelmstraße 1b, Ecke Neue Oderstraße.

Schmiedebrücke Nr. 42. Ecke Ursulinerstraße und

Gartenstraße, Ecke Neudorfstraße

3000 Stück Knaben- u. Mädchen-Schultaschen

mit nur guten Rindleder-Riemen,

enthaltend: 1 vorschriftsmäßige Schultafel 7 linig. 717

1 fein polirten Hartholzfederkasten aus einem Stück,

mit starken Schiefern gefüllt, sowie 1 Tafelschwamm

zum Ausnahmspreise von Mk. 1 per Stück.

Gebr. J. Benjamin.

Größtes u. billigstes **Hutgeschäft**

ist und bleibt

die Firma

68 M. Hirsch 68

(Louis Sprung)

Ohlauerstraße

in der Bischofstr., Ecke Weintraubengasse.

Filialen werden nicht unterhalten.

Verantwortlich gemäß § 7 des Preßgesetzes: E. Rauschke; für den Inseratentheil: E. Zahn; — Redaction und Expedition: Neue Graupenstraße 5/6 — Verlag von E. Schütz & Co. Druck von Th. Schütz — Sämmtlich in Breslau.

Beilage zu Nr. 57 der „Volkswacht“.

Sonnabend, den 7. März 1896.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht der „Volkswacht“.)

53. Sitzung vom 6. März — 1 Uhr.

Auf der Tages-Ordnung steht die zweite Berathung der Gewerbe-Novelle.

Bei Artikel 1, der von der polizeilichen Concession für Privatkrankenhäuser und Privatirrenanstalten handelt, beantragt Abg. von Holleuffer (dcons), daß die Concession auch dann versagt werden könne, wenn eine Belästigung der Mitbewohner oder der Bewohner der Nachbarhäuser zu befürchten sei.

Staatsminister von Bötticher erklärt sich damit einverstanden.

Die Abgg. Schädler (Ctr.), Pachnicke (freis. Vg) und Dr. Kruse (natl.) erklären sich dagegen, weil der Begriff „Belästigung“ ein zu vager sei und den Polizeibehörden zu viel Freiheit gewähre.

Staatsminister von Bötticher meint, es komme darauf an, ob man das Interesse der Krankenanstalten oder das des umwohnenden aber unbetheiligten Publikums höher stelle. Die Regierung habe, wie gesagt, nichts gegen den Antrag Holleuffer

Der Antrag Holleuffer wird abgelehnt. Artikel 1 der Vorlage wird angenommen, gegen die Stimmen der Freisinnigen und Socialdemokraten. Artikel 2 der Vorlage handelt von der Concession der Schauspielunternehmen und will die Erlaubniß nur an das bei der Ertheilung der Concession bezeichnete Unternehmen gebunden sehen. Zum Betriebe eines anderen oder eines wesentlich veränderten Unternehmens soll es einer neuen Erlaubniß bedürfen. Die Erlaubniß soll versagt werden, wenn der Unternehmer die nöthigen Mittel zum Betriebe des Unternehmens nicht nachweisen kann.

Abg. von Wolszlegier (Pole) bittet diesen Artikel abzulehnen. Dem discretionären Ermessen der Polizei werde zu weiter Spielraum gelassen. Besonders die letzte Bestimmung sei viel zu allgemein gehalten.

Staatsminister von Bötticher wendet sich gegen den Vorredner. Wer das Elend gesehen hat, was verkrachte Schauspiel-Unternehmungen angerichtet haben, der muß die neue Gesetzesvorschrift für sehr weise halten.

Abg. Richter (freis. Vp.) kann sich den Bedenken des Abg. Wolszlegier nur anschließen. Wenn die Schauspielunternehmungen erschwert werden, so wird das besonders die Schauspieler hart treffen. Die neue gesetzliche Bestimmung wird hauptsächlich die Provinztheater-Unternehmer, nicht die Großstädtischen, hart treffen. Gerade die Provinztheater fördern aber die ideale Kunst. Die Einwirkung auf die Gesetzgebung geht von dem Präsidium des Bühnenvereins, dem Grafen Hochberg aus. Die Herren gehen von einem zu idealen Streben aus. Das Theater hat auch noch seine große Bedeutung, wenn weniger künstlerisch wollende Leistungen einem größeren Kreise geboten werden können. Es herrscht jetzt auch noch Proletariat im Schauspielerstande, schlimmer aber waren die Verhältnisse vor 1869, vor Einführung der Gewerbeordnung. Den Anlaß zur letzten Bestimmung hat der Berliner Theaterkrach im Jahre 1892 gegeben, wo die Neue deutsche Oper, das Ronacher-Theater und das Wallner-Theater verkrachten. Der Krach hing wohl mit dem damaligen Börsenkrach zusammen. Auch viele bis dahin gut geleitete Hotels mußten damals schließen. Mittel nachweisen ist nicht so schwer, man zeigt Werthpapiere vor, die Frage ist blos, ob sie einem gehören. Da ist es schon consequenter, Cautionen zu fordern. Diese Neuerung wäre aber doch sehr bedenklich. Jetzt gilt die Concession für die Person, die sie erlangt, künftig soll sie nur für die Person und ein bestimmtes Unternehmen gelten. Der Minister sagt, wenn ein Director in mehreren Städten Vorstellungen geben will, so braucht er das ja nur anzugeben. Wie ist es aber, wenn sich im Verlaufe des Betriebes die Nothwendigkeit herausstellt, mit der Truppe in eine andere Stadt zu ziehen? Ueber die Concession hat der Bezirksausschuß zu entscheiden. Diese Behörde ist aber ungeeigneter wie eine Localbehörde. Gerade unter dem Druck dieser Bestimmungen werden Unternehmungen, die bisher prosperirten, verkrachen. Ich bitte, jede Veränderung der jetzt bestehenden Bestimmungen abzulehnen.

Abg. Reißhaus (Soc.) ist der Meinung des Abg. Richter, daß die neue Bestimmung zum Nutzen der großen und zum Nachtheil der kleinen Unternehmungen dienen werde. Was die Polizei alles fertig bringt, das hat sie bei ihrem Vorgehen gegen die Volksbühnen und die Versuchsbühne gezeigt, deren Thätigkeit sie nun glücklich lahm gelegt hat. Den Unternehmern wird es nicht so schwer fallen, Mittel vorzuweisen, darin hat Abg. Richter auch vollständig Recht. Man erreicht damit also garnicht, was man erreichen will. Nirgends bestehen allerdings solche Mißstände, wie im Theaterwesen, nirgends solcher Fleischhandel. Aufschluß darüber giebt eine jetzt beschlagnahmte Broschüre von Hugo Pohle über den Theaterdirector Baruch Pohl, genannt Pollini, in Hamburg. Dieser Pollini treibt mit Schauspielern und Schauspielerinnen den schamlosesten Schacher und Handel. Viel besser wäre es, gegen diese Mißbräuche und das Agentenwesen vorzugehen. Material dafür bietet eine Broschüre des Landgerichtsrath Bischoff. Schauspieler, die 3000 Mark Gage beziehen, müssen davon 300 Mark dem Agenten geben. Das erhöht das Elend unter den Schauspielern. Dagegen thut man aber nichts. Und weil man dagegen nichts thut, können wir auch den neuen Bestimmungen in der Gewerbeordnung unsere Zustimmung nicht geben. Diese Bestimmungen schädigen nur den kleinen Unternehmer, der sich seinen Angestellten gegenüber noch am anständigsten benimmt. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Dr. Hasse (natl.) bittet die Angelegenheit erst bei der dritten Lesung zu behandeln, da der einzige Sachverständige Dr. Bürckin nicht im Hause anwesend sei.

Minister v. Boetticher: Die Regierung hat in einem Rundschreiben an die Behörden auf den § 35 der Gewerbeordnung hingewiesen, der die Möglichkeit bietet, unsicheren Theateragenten das Handwerk zu legen. Die vom Abg. Reißhaus angeregte Frage, durch privatrechtliche Bestimmungen Abhilfe zu schaffen, bin ich gern bereit zu erörtern, aber hierher gehört sie nicht. Ein verstärkter Schutz für die Schauspieler würde durch die Prüfung der finanziellen Kraft und Zuverlässigkeit des Unternehmers sicher geschaffen werden. Wenn die Behörden vor der Genehmigung zu prüfen haben, ob ein Theaterunternehmen finanziell gesichert ist, so wird für die Schauspieler die Garantie zum Mindesten erhöht, daß sie keinen Verlust erleiden. Wer den Schutz der Schwachen will, muß sich diesem Gedankengang anschließen. (Beifall rechts.)

Abg. Beckh (freis. Volksp.): Die kleinen Schauspiel-Unternehmer werden selten baares Geld aufzuweisen haben. Ihre finanzielle Kraft liegt im Besitz von Requisiten und der Garderobe, sowie im Credit. Sie würden durch die vorgeschlagene Bestimmung leicht verhindert werden, weiter Schauspieldirectoren zu sein. Das würde aber auch für viele Schauspieler Krach und Elend bedeuten.

Abg. Reißhaus (Soc.): Ich bin dem Herrn Staatssecretär dankbar, daß er dem Hause Mittheilung von dem Rundschreiben aus dem Jahre 1893 gemacht hat. Er hätte das aber schon im vorigen Jahr thun sollen, dann hätten die Schauspieler und Schauspielerinnen gewußt, daß sie nicht völlig schutzlos dastehen. Wirksam wäre für den finanziellen Schutz der Schauspieler nur die Bestimmung, daß die Unternehmer eine bestimmte Caution zur Sicherung der Gagen hinterlegen müssen. Die vorliegende Bestimmung genügt nicht Auch der Schutz der Schauspielerinnen in Bezug auf die sittliche Zuverlässigkeit der Directoren ist unzureichend Eine Director, wie dem Herrn Pollini in Hamburg, würde ich die Concession nicht ertheilen, obwohl der Mann 20 Orden hat. (Heiterkeit bei den Socialdemokraten.)

Abg. Richter (freis. Volksp.): Von der Fähigkeit einer Behörde, die finanzielle Sicherheit eines Schauspielunternehmers richtig zu beurtheilen, habe ich eine sehr geringe Meinung. Das Publikum, insbesondere die Schauspieler, werden dadurch nur verführt, die eigene Prüfung zu unterlassen. Dadurch, daß ein Unternehmer heute die Mittel aufweist, ist durchaus noch nicht die Sicherheit gegeben, daß die Schauspieler aus diesen Mitteln ihre Gagen erhalten. Die Mittel können sich verflüchtigen, ohne daß sie der Unternehmer verliert. (Heiterkeit.) Eine Fülle von Anregungen sind heute in der Debatte gegeben worden Es empfiehlt sich deshalb vielleicht, diesen Paragraphen an eine Commission zu verweisen. Vielleicht finden sich im Laufe der Berathung noch weitere Paragraphen, die eine Commissionsberathung verdienen. Der Antrag des Abgeordneten v. Wolszlegier erscheint uns so wichtig, daß wir namentliche Abstimmung darüber beantragt haben.

Minister v. Bötticher erwidert, daß der Antrag Wolszlegier die Prüfung der finanziellen Zuverlässigkeit eines Unternehmers gar nicht anfechte. Da sei es nur eine logische Consequenz, wenn die Prüfung auch bei Erweiterung eines Theaterbetriebes vorgenommen werde.

Abg. Dr. Foerster (Antisemit) räth den Schauspielern, Contracte, die den guten Sitten zuwiderlaufen, gerichtlich anzufechten; die Richter würden sich gewiß auf ihre Seite stellen. Redner wendet sich gegen den Antrag Wolszlegier und beantragt seinerseits in dem Paragraphen statt „wesentlich veränderten“ wesentlich vergrößerten Unternehmens zu sagen.

Abg. Richter beantragt, den Artikel 2 der Vorlage und den Antrag Wolszlegier an eine Commission von 14 Mitgliedern zu verweisen.

Hierüber entspinnt sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte, in der die Abgg. v. Manteuffel und Schädler, v. Stumm, den Antrag bekämpfen, die Abgg. v. Bennigsen, Singer und Richter für den Antrag, weil sich in ihm Obstructionspolitik gegen das Zustandekommen des ganzen Gesetzes zeige, eintreten, weil die Fülle der gestellten Anträge Commissionsberathung durchaus nothwendig mache.

Abg. Liebermann von Sonnenberg (Antisem.) meint zur Geschäftsordnung, daß sich die Obstructionspolitik des Herrn Richter am vorigen Mittwoch gezeigt habe. Er wolle feststellen, daß sich fünfzig Mitglieder der Linken und der Socialdemokratie aus dem Saale entfernt hatten, um die Beschlußunfähigkeit herbeizuführen. Er hätte die Liste dieser Herren in der Hand. (Stürmisches Gelächter links.)

Abg. Richter (zur Geschäftsordnung): Wenn hier einmal festgestellt werden soll, so möchte ich feststellen, daß an jenem Mittwoch auf der Rechten eine ganze Anzahl Herren vorhanden waren, die den sachlichen Verhandlungen keine Aufmerksamkeit schenkten, sondern sich fortgesetzt in der Restauration aufhielten (Stürmische Heiterkeit links. Große Unruhe rechts) und nur hereingekommen sind, um die nothwendige Vertagung einer wichtigen Debatte zu verhindern. Die Mehrheit wird deswegen schon dafür sorgen müssen, hier für sich präsent zu sein, sonst könnte ihr Aehnliches leicht öfter passiren. (Heiterkeit links.)

Abg. von Stumm: Deswegen wird das Haus auch genöthigt sein, sich endlich gegen solche Obstructionspolitik durch Aenderungen der Geschäftsordnung zu schützen. (Zustimmung rechts.)

Abg. Richter: Deswegen befinden wir uns hier im Hause noch lange nicht im Königreich Stumm. (Stürmische Heiterkeit.)

Damit schließt die Geschäftsordnungsdebatte

Ein Antrag Bennigsens, das ganze Gesetz an eine Commission zu verweisen, wird ebenso wie der Antrag Richter, Artikel 2 der Vorlage in eine Commission zu verweisen, von der Mehrheit (Centr. u. Conserv.) abgelehnt

Die Debatte wird nunmehr fortgesetzt.

Abg. Bueb (Soc.): Jetzt, wo es der Mehrheit beliebt hat, die Commissionsberathung zu vereiteln, sollte eigentlich, mein Genosse Reißhaus die Gelegenheit wahrnehmen, alles reiche Material nun hier im Plenum ohne Rücksicht auf die Zeit vorzutragen. Ich erkläre mich aber vom Standpunkte des Elsaß-Lothringers entschieden gegen die Bestimmung. Wir leben in Elsaß-Lothringen auch in dieser Beziehung in Ausnahmezuständen, bei uns sind die Schauspielunternehmungen vollständig den Behörden ausgeliefert.

Abg. Schädler (Centr.): Der Idealismus von dem der Abg. Richter sprach, wird nicht überall auf den kleinen Bühnen gepflegt und es schadet nichts, wenn die Behörde da gewisse Machtmittel in die Hand bekommt.

Abg. Richter (freis. Vp.): Als Theaterschwärmer bin ich nicht gerade bekannt geworden, aber ich verketzere auch nicht das Theater. Ich wende mich nur gegen die polizeiliche Bevormundung der Theater.

Die Discussion wird hierauf geschlossen.

Die Abstimmung über den Antrag Wolszlegier, der den ersten

Breslauer Spaziergänge.

„Si duo faciunt idem, non est idem“ hat vor nicht langer Zeit einmal der preußische Justizminister, der natürlich Latein kann, im Reichstage gesagt und er hat Recht gehabt. Wir, die wir nicht lateinisch reden und schreiben können, sagen deutsch ungefähr dasselbe, was Herr Schönstedt lateinisch meinte, mit den etwas längeren Worten: „Wenn Du, Socialdemokrat, dasselbe thust, was ein Anhänger der bestehenden Ordnung thut, so — kannst Du dafür verknurrt werden, während der Mann der Ordnung leer ausgeht und vielleicht noch belobt wird.“ Schau nur um Dich, lieber Leser und Du wirst Manches sehen, was Dir die Berechtigung unserer etwas freien Uebersetzung jenes lateinischen Spruches sinnenfällig darthut.

Nehmen wir einmal den sog. Boykott. Wird er nicht fast überall an Socialdemokraten mit Strafen geahndet? Wenn's gar nicht anders geht, so ist es doch „grober Unfug.“ Denn — „was man nicht anders packen kann, sieht man als groben Unfug an“. — Das Breslauer Schöffengericht hat neulich sogar Socialdemokraten verurtheilt wegen groben Unfuges, weil diese einfach im Blatte ihre Freunde aufgefordert hatten, „den Beschluß, betreffend den Gastwirth N. N., zu beachten“, ohne zu sagen, was es denn für ein Beschluß sei. Es hatte sich, wie vor Gericht erst festgestellt wurde, in der That um den Beschluß gehandelt, den betreffenden Gastwirth nicht mehr zu besuchen, aber dieser Beschluß war erst herbeigeführt worden durch die energische Erklärung des Gastwirths, keinen Socialistenbesuch in seiner Kneipe haben zu wollen! Und doch Boykott und in Folge dessen grober Unfug — bei den Socialdemokraten und deshalb prompteste Verknurrung dieser — von Rechtswegen!

Boykottiren nur die bösen Socialdemokraten? Bewahre, es boykottiren auch — andere Leute. Die Antisemiten z. B. fordern ganz öffentlich auf, bei Juden nicht zu kaufen, der Bund der Landwirthe boykottirt Alles, was nicht an seinem Strange zieht — neulich hat so ein agrarischer Heißsporn gar seine Freunde in der Generalversammlung des Bundes aufgefordert, den preußischen Landwirthschaftsminister (man denke nur!) ganz und gar zu boykottiren —, die Herren Unternehmer boykottiren „begehrliche“ Arbeiter, indem sie dieselben durch Berufserklärungen der Arbeitslosigkeit, dem bittersten Elend überliefern, die Militärbehörden boykottiren nach Herzenslust alle Gastwirthe, bei welchen Socialdemokraten verkehren oder die sich sonst mißfällig machten — kurz und gut (man könnte die Liste ja noch unendlich verlängern) da wird nach Kräften boykottirt, aber frägt man hier nach dem Staatsanwalt, dann heißt es: „Ja Rother, das ist ganz was anders“ und: „Si duo faciunt idem, non est idem.“ (Wenn zwei dasselbe thun, ist es nicht dasselbe!)

Nehmen wir nur unser famoses preußisches Vereins- und Versammlungsgesetz und seine wunderbare Handhabung gegen — Socialdemokraten! Unsere Vereine werden wegen unerlaubtem Inverbindungtreten aufgelöst, die Vereine der Agrarier, der Conservativen, der Zünftler, überhaupt die Vereine fast aller übrigen Parteien dürfen unangefochten und unter den Augen der Behörden die Bestimmungen des Gesetzes ganz offenbar verletzen, die gegen uns in der schneidigsten Weise angewendet werden. Socialdemokratische gesellige Veranstaltungen werden sofort als Versammlung angesehen und aufgelöst, wenn ein „politisches“ Lied gesungen wird — derartige Veranstaltungen anderer politischer Parteien sind deshalb noch niemals behelligt worden. Warum dies zweierlei Maß? „Si duo faciunt idem, non est idem.“

Während an den Programmen unserer Parteifeste eine peinlich genaue Censur geübt wird und zwar eine „politische“, leisten sich z. B. Kriegervereine in ihren Programmen auf dem Gebiete der Schweinerei geradezu unerhörte Dinge. Wenn Socialdemokraten ihren im Kampfe um eine Besserung ihrer elenden Lebensverhältnisse befindlichen Brüdern oder Schwestern helfend beispringen, wenn sie zur Unterstützung der Kämpfenden öffentlich auffordern, sei es auch in der vorsichtigsten Form — flugs haben sie ein Strafmandat an dem Hals und die gerichtliche Bestätigung bleibt auch nicht aus! Sogar die Aufforderung, für die streikenden Confectionsarbeiter helfend einzutreten, ist hier und da im lieben Preußenlande mit einem Strafmandat wegen unerlaubten Collectirens geahndet worden, trotz all der scheinbaren oder wirklichen Sympathieen, die man in allen Kreisen für die im furchtbarsten Elend befindlichen Confectionsarbeiter zur Schau trug. Ist man eben so strenge, wenn es sich um „unerlaubte Collecten“ für die Zwecke anderer politischer Parteien, wenn es sich um gewisse patriotische, religiöse oder oft nur ganz private Zwecke handelt? Ja Bauer, da ist's ganz was anders!

Diesen Spruch des bekannten „Junker Alexanders“ anzuwenden, fühlt man sich gegenwärtig übrigens gar oft veranlaßt, auch wenn es sich nicht ausdrücklich um Socialdemokraten dabei handelt. Wenn ein Arbeiter einmal einen „Kurn“ über den Durst genehmigt hat, mit einem Kameraden Streit bekommt und die Beiden sich dann in roher Weise das Leder derb versohlen, dann werden die Raufbolde von Rechtswegen eingesperrt und die Zeitungen berichten in gerechter Entrüstung von der „stetig zunehmenden Rohheit der arbeitenden unteren Klassen der Bevölkerung.“ Allerdings sind solche rohe Thaten höchst tadelnswerth und sollen an den Thätern gehörig geahndet werden.

Wenn aber ein „vornehmer“ und natürlich „feingebildeter“ Mann mit Seinesgleichen einen Streit bekommt, dann kriegt er seinen Gegner nicht etwa in der ersten Wuth und Aufregung beim Kopf, um ihn durchzuprügeln, wie es der „gemeine“, vom Schnaps aufgeregte Mann thut — bewahre, so etwas wäre ja niedrig, plebejisch, eines gebildeten Mannes mit „hochentwickeltem Ehrgefühl“ ganz unwürdig — nein, er fordert ihn vor seine Pistole und schießt ihn, nachdem eine Menge Förmlichkeiten erledigt sind, ruhig, kaltblütig, ohne mit den Wimpern zu zucken, über den Haufen und seine „schwerverletzte Ehre“ ist glänzend rehabilitirt. Kommt er nun für diesen Mord — denn anders kann ich diese mit kühler Ueberlegung ausgeführte That nicht nennen — sofort in's Gefängniß, wie der proletarische Raufbold? Wird ihm der Proceß gemacht und seine unerhörte That gesühnt, wie es das beleidigte Rechtsgefühl erfordert? Und besonders: Entrüsten sich unsere bürgerlichen Zeitungen und unsere so moralischen „Staatserhaltenden“ auch hier über die entsetzliche Rohheit in den „besseren“ Kreisen? „Was ist die Antwort Junker Alexanders? Ja Bauer, das ist ganz was anders!“ Der vornehme Mörder bleibt zunächst auf freien Fuß (vielleicht zahlt er eine Caution, denn gewöhnlich hat er es ja dazu) er amtirt ruhig weiter (oft ist so ein feiner Herr ja Beamter, Richter oder gar — Prediger der christlichen Liebe!), sitzt stolz zu Gericht über manchen armen Sünder, bis ihn gewöhnlich irgend eine milde Festungshaft von einigen Tagen, Wochen oder höchstens Monaten trifft. Ist es nicht so, lieber Leser?

Und das nennt man zu dieser Zeit
Im deutschen Reich — Gerechtigkeit!

Y.

Theil des Artikels 2 gestrichen haben will, ist eine namentliche. Der Antrag Wolszlegier wird mit 143 gegen 83 Stimmen abgelehnt.

Artikel 2 der Vorlage mit ungefähr gleicher Majorität angenommen.

Artikel 3 der Vorlage will die Concession zum Schankbetrieb und den Kleinhandel mit Spirituosen auch auf die Consumvereine ausdehnen, selbst wenn deren Betrieb auf den Kreis der Mitglieder beschränkt ist.

Abg. Engels (Rp.) will die Consumvereine, die nur an ihre Mitglieder verkaufen, von der polizeilichen Concession ausnehmen.

Abgg. Dr. Hitze (Centr.), Gröber, v. Holleuffer (conf.), Jakobskötter (conf.) beantragen dem Artikel 3 folgende Fassung zu geben: Der § 33 der Gewerbeordnung erhält als fünften und sechsten Absatz folgende Zusätze:

„Die vorstehenden Bestimmungen finden auf Consumvereine, einschließlich der bereits bestehenden, auch dann Anwendung, wenn der Betrieb auf den Kreis der Mitglieder beschränkt ist.

Die Landesregierungen können anordnen, daß die Bestimmungen des Absatzes 1, 2, 3 Ziffer a und 4 auch auf andere Vereine, einschließlich der bereits bestehenden, selbst dann Anwendung finden, wenn der Betrieb auf den Kreis der Mitglieder beschränkt ist."

Die Abgg. Hitze und Jakobskötter begründen diesen Antrag mit dem Hinweis auf die Entwicklung der Consumvereine in manchen Gegenden zu wahren „Schnapscasinos". Deshalb dürfe man nicht bei den Maßregeln der Vorlage stehen bleiben, sondern müsse das Verkaufsverbot von Schnaps durch Consumvereine reichsgesetzlich festlegen, statt es den Landesgesetzgebungen zu überlassen.

Abg. Dr. Schneider (frf. Volksp.) hält die Befürchtungen über die Entwicklung mancher Consumvereine zu Schnapscasinos für übertrieben und bittet Artikel 3 und alle Verschärfungsanträge abzulehnen.

Ein Vertagungsantrag wird angenommen.

Nächste Sitzung: Sonnabend 1 Uhr. Fortsetzung der heutigen Berathung.

Schluß 5 Uhr.

Ein Schattenbild aus Rom.

Im „Vorwärts" veröffentlicht Civis Romanus folgenden Artikel, der im Zusammenhang schildert, was bisher nur bruchstückweise berichtet wurde, und einen Einblick in das grauenhafte Elend giebt, welches im „Garten der Erde" — wie Italien einst genannt wurde — unter Crispis Schandwirthschaft herrscht.

Während die Bourgeoisie Süd-Italiens, die Actionäre der „Societa Generale di Navigazione" (Allgemeine Schifffahrts-Gesellschaft), die mit dem Truppentransport nach Massauah beauftragt ist, die zahlreichen Heerlieferanten, kurz die ganze Partei des „Federbusches" und des Mordspatriotismus den Vernichtungskrieg gegen den „wilden" Menelik mit Hurrahgeschrei forderten und dabei vor Crispi auf dem Bauch rutschten — stirbt in Rom, der Hauptstadt des Königreichs, das arbeitende Volk buchstäblich Hungers.

Alle Arbeit hat aufgehört. Man berechnet die Zahl der Arbeitslosen auf Zehntausende; das Arbeitslosen-Comitee, das die Agitation leitet, besteht allein aus 900 Mitgliedern.

Die Arbeitskammer hatte die Einberufung einer großen öffentlichen Versammlung von Arbeitslosen beschlossen, aber Crispi hat die Versammlung natürlich — verboten.

Man muß Hungers sterben und dabei noch schweigen!

Das Einzige, was die Großmuth des Czaren Crispi nicht hat verhindern können, sind die „Wanderungen des Elends" — unter Grabesstille lange Aufzüge von Ausgehungerten, die nichts Anderes bezwecken, als ihre Lumpen zu zeigen und die Spuren zu enthüllen, welche der Hunger auf ihren bleichen, eingefallenen Gesichtern hinterlassen hat.

Die Arbeiten, die augenblicklich noch die Arbeiter in Rom beschäftigen, sind fast ausnahmslos auf Kosten der öffentlichen Verwaltung unternommen: wie der Justizpalast, das Denkmal für Victor Emanuel (das schon 16 Millionen Francs verschlungen haben soll), das Polytechnikum und ... weiter nichts.

Die Privatleute lassen nicht arbeiten; und sie haben gar nicht so unrecht. Sie fürchten den Fiscus, diesen furchtbaren italienischen Fiscus der wie ein Räuber jeder Industrie und jeder neu begründeten Fabrik auflauert, um sie auszuplündern, und der alle industriellen Unternehmungen, welche speciell in den großen Städten Nord-Italiens gegründet worden sind, entweder schon aufgefressen hat oder im Begriff ist aufzufressen.

Also wozu kann noch eine Fabrik, ein Gewerbe betreiben? Giebt es in Rom vielleicht nicht genug Häuser? Im Gegentheil, tausende warten auf Miether! — Kann man noch große Industrien begründen, deren die Frage der Bewegungskraft, die sich schon durch ein Vierteljahrhundert (und mehr. R. d. V.) hinderlich, entschieden und der Dampf von der Elektricität abgelöst ist?

In Folge dessen sind die einzigen Arbeiter, die augenblicklich in Rom Arbeit finden, solche, die der Geldaristokratie nicht angehören: Maler, Goldschmiede, Tapezierer, Modisten, einige Schneider und einige Näherinnen. Und endlich haben noch Absatz die Volkspfandhäuser, wo das Kleineigenthum, getrieben von der Angst vor dem letzten Entrinnen, im Galgenhumor sich wie toll hindrängt. Denn auch das Kleineigenthum ist ganz heruntergekommen. Die Kaufleute verkaufen nach Möglichkeit mit Hülfe aller erdenklichen Mittel. Um sich davon zu überzeugen, braucht man nur einen Blick in das Register der Wechselproteste zu werfen. In den letzten Monaten ist die Zahl der Proteste in ganz erschreckender Weise gestiegen. Es giebt keinen Kaufmann, an dem nicht in Rom beinahe monatlich Wechsel unbezahlt bleiben; ein Drittheil dieser Wechsel fällt natürlich den Notaren in die Hände.

Die Hotels, mit Ausnahme der größten, stehen fast vollständig leer. Die Hotelbesitzer haben sogar versucht, eine Vereinigung in's Leben zu rufen, um den alten Carneval zu erhalten, der jenen die vornehmen Müssiggänger und Faulenzer, die an langer Weile und am Spleen leiden, in die „ewige Stadt" lockte. Zu diesem Zwecke hatten sie mit Aufbietung aller Kraft die jämmerliche Summe von 20,000 Francs zusammengerafft, doch die Hiobsbotschaften aus Afrika haben den hohen Herrschaften die Lust am Vergnügen verdorben. Die Carnevalsfeste sind aufgegeben worden, wobei der Hof mit gutem Beispiele voranging, indem er die Hofbälle absagte. Hieraus kann man beurtheilen, wie wüthend die Hotelbesitzer Roms auf Menelik sind, der das Unerhörte sich hat zu Schulden kommen lassen, den Spieß gegen die italienischen Räuber umzukehren.

Doch zurück zu den Arbeitslosen. Wovon leben sie denn? Das ist ein Räthsel, von dem wir nur einige Zipfel zu lüften vermögen.

Hauptsächlich sieht man sie sich in den Volksküchen versammeln: Anstalten, die theils durch Wohlthätigkeit, theils durch Speculation in's Leben gerufen worden sind, und in denen man für 10 bis 15 Centimes einen Teller Suppe, etwas Gemüse und ein Stück Brot bekommt, Leckerbissen, die sich allerdings nur die Reichen unter den Arbeitslosen leisten können! Viele der Unglücklichen benutzen für die Nacht die öffentlichen Schlafsäle. Am Tage versammeln sich die Arbeitslosen in der ihnen aufgezwungenen Muße düster schweigend an der Porta Triomfala — dem Triumphthor — (welche Ironie von echt römisch hochtrabenden Namen!), oder noch öfter in den Außenvierteln an der Porta Salaria und der Porta Esquilina.

Man erzählt sich in Rom merkwürdige Einzelheiten über das Elend der Arbeiter. Wenn man bei den Lumpensammlern nachsucht, so findet man eine unglaubliche Menge von Schlüsseln, Riegeln und Namenstafeln, von Zimmerthüren herrührend, welche Arbeiter, in Ermangelung von Betten, über zwei Stühle gelegt, als Lagerstätte benutzten und hernach als Brennholz, um sich ein bischen Feuer zu machen. Viele Häuser sind auf diese Weise beschädigt und die Besitzer haben die Fenster und Thüren zugemauert, um noch schlimmere Zerstörung zu verhüten und um die Haussteuer zu ersparen.

Trotzdem werden häufig die Wände der leeren Häuser durchbrochen und durch die Breschen dringen Männer, Weiber und Kinder ein, um Schutz für die Nacht zu finden.

Von all diesem Elend sind sogar die Polizisten bis weilen gerührt, die zum Schutze des Rechts der Eigenthümer wachen.

Und bei all diesem Elend schwillt der Agro romano, „der römische Acker", um Rom herum fortwährend in seiner trumpfigen Größe an, — Land, das die ganze Bevölkerung Roms ernähren könnte und jetzt Fieber und Tod aushaucht. Dieses Land, das hinreichen würde, zwei Mal so vielen Menschen, als augenblicklich in Italien arbeitslos sind, nicht nur Arbeit, sondern sogar Wohlstand zu geben, es bleibt verödet und verlassen, verloren in seiner mörderischen Einsamkeit.

Man hat kein Geld für die Urbarmachung des Agro romano ... das Italien der Bourgeoisie und des Crispi braucht sein Geld, das es den Armen geraubt hat, für den großen Eroberungs-„Sport" in Afrika, der aber ein sehr schlechtes Ende zu nehmen scheint.

Wenn nun die Geduld der Arbeiter erschöpft, wenn ihnen jeder Ausweg genommen ist, wenn die Arbeitslosen keine Brotkruste mehr zum Beißen haben, das Leihhaus ihnen Alles geraubt und der Executor sie aus den fenster- und thürlosen Mansarden herausgeworfen hat — wenn dann die Arbeiter, zur Verzweiflung getrieben, die Fahne der Revolution erheben und so zum letzten Mittel greifen, zu dem der nagende Hunger treibt — wer trifft die Schuld?

Arbeiterbewegung.

Ueber den Stand des Streiks in Cottbus wird uns mitgetheilt: Der Vorsitzende des deutschen Textilarbeiter-Verbandes, Hübsch aus Berlin verhandelte am Dienstag in Gemeinschaft mit einigen Mitgliedern der Streik-Commission mit dem Cottbuser Gewerbe-Gericht. Dort erklärten sie, daß die Fabrikanten nur dann in Verhandlungen eintreten wollen, wenn der Streik der Streikenden [illegible] Mai [illegible] wieder aufnehmen. Da [illegible] daß dann das übrige Streik von den Fabrikanten [illegible] werden würde, so beschloß am Dienstag [illegible] Personen besuchte Versammlung der Streikenden [illegible] nicht eingegangen.

[illegible] haben ihre Fabriken wieder geöffnet, [illegible] zu verleiten. Das ist ihnen aber nur in so [illegible] daß sie beschäftigt haben in der Cottbuser [illegible] wenn den Streikenden [illegible] die Arbeit nicht aufgenommen [illegible] endgültig geschlossen werden.

[illegible]

Cottbus, den 5. März 1896.

Auf die gefl. Anfrage vom 4. März benachrichtige ich die [illegible] zu [illegible] daß ich den [illegible] Antrag auf [illegible] als Einigungsamt dem Verein zur [illegible] der Tuchfabrikanten zu [illegible] gebracht habe, sich darüber [illegible] Antrage anschließen. In der gestrigen Abendsitzung hat die Commission des Vereins der Tuchfabrikanten beschlossen: „Das hiesige Gewerbegericht als Einigungsamt zwischen den ausständigen Arbeitern und deren Arbeitgebern nicht anzurufen."

Nach Lage der Sache vermag ich mir von einem Eingreifen des Gewerbegerichts als Einigungsamt keinen Erfolg versprechen.

Dreifert, Bürgermeister,
als Vorsitzender des Gewerbegerichts."

Jedes Wort zu diesem Vorgehen der Fabrikantencoalition erübrigt sich.

Für die Ausständigen regt sich sowohl in Deutschland wie im Ausland die werkthätige Sympathie der Arbeiter. So theilte das Secretariat der schweizerischen Textilarbeiter mit, daß von Montag, den 9. März, an in der ganzen Schweiz Sammlungen für die Ausständigen veranstaltet werden. Bravo!

In der Stuhlfabrik von Haltenhof u. Zeidler in Lauterberg a. H. ist ein Streik ausgebrochen; die ohnehin jammervollen Löhne sind von den Fabrikanten noch um 20 bis 50 pCt. gekürzt worden, ohne daß mit den Arbeitern Rücksprache genommen worden wäre. Es ist nun nicht mehr möglich, mit diesem Hungerlohn auszukommen, und wurde in Folge dessen von den Arbeitern der bisher gezahlte Lohn weiter beansprucht. Da die Firma Haltenhof u. Zeidler die Forderung nicht bewilligen wollte, so legten alle Arbeiter einmüthig die Arbeit nieder.

In Norderney sind eine Anzahl Maurer von ihren Meistern ausgesperrt worden.

Die Arbeiter der Lübecker Maschinenbau-Actien-Fabrik befinden sich in einer Lohnbewegung. Es handelt sich um die Schlosser, Dreher und Modelltischler der genannten Fabrik. Da an eine freiwillige Anerkennung der Forderungen (Lohnerhöhung) seitens der Firma nicht zu denken ist, wird der Streik als unvermeidlich betrachtet. Die Agenten der Unternehmer versuchten bereits in Hamburg Ersatzarbeiter anzuwerben.

Die Werkstatt-Stuckateure Nürnbergs befinden sich im Streik.

Die Nürnberger Tischler beschlossen eine 1½stündige Mittagspause einzuführen. Die Versammelten erklärten: wenn die Sache auf gütlichem Wege geregelt werden kann, dann begnügen sich die Gehilfen mit einer 56stündigen Arbeitszeit pro Woche, kommt es aber zum Streik, dann wird eine 54stündige Arbeitszeit gefordert. Eine 13gliedrige Commission wurde zur Ausführung dieses Beschlusses gewählt. Außerdem wurde noch eine Control-Commission gewählt, welcher die Aufgabe zufällt, durch Werkstatt-Controle für die Aufrechterhaltung der Arbeitszeit zu sorgen.

Die Brauer und Böttcher der Actienbrauerei zu Agram haben sämmtlich die Arbeit eingestellt.

Gerichtliches.

Zu dem socialpolitischen Kapitel „Behandlung der ländlichen Arbeiter durch Gutsvorstände" gehört eine Privatklage, die Mittwoch vor der 148. Abtheilung des Berliner Amtsgerichts gegen den Redacteur der „Volks-Zeitung", Hermann Holdheim, verhandelt wurde. In Nr. 380 der „Volks-Zeitung" vom 15. August v. J. war eine Mittheilung aus Anklam in Pommern abgedruckt, die der „Volks-Zeitung" von dem bekannten socialpolitischen Pastor Quistorp in Schwerinsburg eingesandt worden war. Es wurde darin mitgetheilt, daß auf dem Gute Netzow der bejahrte Kuhhirte übel behandelt worden sei, weil er irrthümlich an einer Stelle gehütet habe, an der er nicht hüten sollte. Als der Administrator dies vom Hofe aus bemerkt, sei er auf den alten Mann zugesprengt, habe ihn mit der Reitpeitsche vom Pferde herunter wiederholt auf Kopf und Rücken geschlagen und die Schläge mit den gemeinsten Schimpfworten begleitet. Alles Bitten des alten Mannes habe nichts geholfen, er habe sich vielmehr für ein geringes Versehen wie eine Bestie behandeln lassen müssen. Pastor Quistorp, der sich für die Richtigkeit der Mittheilung verbürgte, hatte der letzteren eine Schlußbemerkung hinzugesetzt, in welcher es u. A. hieß: „Es muß bekannt werden, welcher unglaublichen Behandlung die Leute auf dem Lande, besonders die alten und gebrechlichen, die nicht mehr weiter ziehen können, in unseren Tagen noch zuweilen ausgesetzt sind, nachdem sie in jüngeren Jahren gegen einen geringen Lohn ihren Herrschaften ihre besten Kräfte geopfert haben." Durch diesen Artikel fühlte sich der Verwalter des Gutes Netzow, Hauptmann d. R. Richard Krüger beleidigt. — Die Beweisaufnahme hat folgendes ergeben. Die Mittheilung von dem Vorfall war dem Pastor Quistorp durch einen Augenzeugen, den Weber Neujahr, gemacht worden und dieser hat bei seiner commissarischen Vernehmung die Angaben des Artikels bestätigt. Der Hauptmann Krüger habe vom Pferde wiederholt mit der Reitpeitsche auf den Kuhhirten herunter geschlagen und dabei gerufen: „Du verfluchter Hund, habe ich Dir nicht schon 'mal verboten, hier zu hüten? Du Lump!" Der Kuhhirte habe bei den Schlägen wiederholt „Au! au!" geschrieen. — Der vernommene Kuhhirte Engel ist noch kein „bejahrter Mann", sondern erst 25 Jahre alt. Er hat den Vorfall im Allgemeinen bestätigt, jedoch mit der Einschränkung, daß in Folge der Unruhe des Pferdes des Hauptmanns Krüger von den Peitschenhieben ihn nur zwei getroffen haben. — Pastor Quistorp hat bei seiner commissarischen Vernehmung noch erwähnt, daß nach einer dem Neujahr gemachten Mittheilung dieser Vorfall in Netzow nicht vereinzelt dastehe, solche Dinge vielmehr öfter vorkämen. Er als Landpastor und Sohn eines Landpastors kenne aus eigener Anschauung die oft unerhörte Behandlung der älteren Arbeiter auf dem Lande und habe dieses Thema auch in einer Broschüre „Sociale Noth" behandelt. — Redacteur Holdheim theilte noch mit, daß inzwischen der Privatkläger Krüger durch das Gericht in Greifswald verurtheilt worden sei, weil er unberechtigter Weise eine Parforce-Jagd über die Aecker armer Leute veranstaltet habe. — Rechtsanwalt Menthe beantragte nun Namens des Privatklägers die Verurtheilung des Beklagten, da der Artikel den Vorfall übertrieben darstelle und Beleidigungen enthalte. — R.-A. Träger erachtete den Wahrheitsbeweis — bis auf das Alter des Kuhhirten — für vollständig geführt und Beleidigungen nicht für vorliegend. Der Artikel habe absolut keine persönliche Spitze, sondern bekunde nur ein Symptom für die Unzufriedenheit der ländlichen Arbeiter. In dieser Zeit der Socialpolitik habe es gerade ein Blatt wie die „Volks-Ztg." für seine Pflicht erachten müssen, auf Grund zuverlässiger Mittheilung einen derartigen Vorgang zur öffentlichen Kenntniß zu bringen. — Der Gerichtshof war der Meinung, daß der Artikel allerdings Beleidigungen enthalte, unter den obwaltenden Umständen aber eine sehr geringe Strafbarkeit enthalte. Es wurde auf 5 Mk. Geldstrafe erkannt.

Die Streikvorgänge beim Münchener Brauhause in Berlin hatten am 5. März ein Nachspiel vor der 149. Abtheilung des dortigen Schöffengerichts. Im vorigen Jahre war ein Brauer des Münchener Brauhauses unter dem Verdacht einer Unregelmäßigkeit entlassen worden. In Folge dessen traten 29 der Angestellten zusammen und verpflichteten sich schriftlich der Direction zu erklären, daß die Arbeit sofort niedergelegt werden würde, wenn die Entlassung nicht widerrufen würde. Einige der Angestellten, die unterschrieben hatten, legten die Arbeit nicht nieder. Die anderen verhandelten mit dem Director Arend und nachdem die Wiedereinstellung des entlassenen Brauers erfolgt war, wurde die Arbeit allseitig wieder aufgenommen. Nunmehr veröffentlichte die in Hannover erscheinende „Brauer-Ztg." einen Bericht über die Streikvorgänge und wandte sich darin gegen die Streikbrecher. In dem Artikel wurde den Betreffenden der Vorwurf gemacht, daß sie ihre Collegen verrathen hätten, um sich in deren Stellungen einzudrängen. In Folge dieser Veröffentlichungen erhoben 11 Brauer, die sich besonders getroffen fühlten, die Privatklage gegen den verantwortlichen Redacteur Wiehle, welcher erklärte, zwar den Artikel nicht geschrieben zu haben, aber die Verantwortung dafür zu übernehmen

nehmen. Rechtsanwalt Morris führte für ihn aus, daß er in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt habe. Ein Streik sei ein heute gesetzlich anerkanntes Mittel zur Regelung der Lohnfrage. Wenn also die Kläger ihr Wort bezüglich der Mitwirkung bei dem Streik gebrochen hätten, so wäre der Angeklagte berechtigt gewesen, ihnen, wie geschehen, Vorhaltungen zu machen. — Rechtsanwalt Dr. Haase als Vertreter der Privatkläger förderte dagegen recht curiose Ansichten zu Tage. Er meinte, daß von einer Wahrung berechtigter Interessen gar keine Rede sein könne, ein solcher Artikel vielmehr nur verhetzend wirken könne, so daß eine nachdrückliche Strafe am Platze sei. Ein Streik bleibe immer ein Gewaltmittel und wenn sich die Privatkläger zu einem solchen nicht verstehen wollten, so hätten sie nur wie anständige und gesetzlich vorgehende Leute gehandelt. (!) Der Gerichtshof erkannte aus ähnlichen Erwägungen auf eine Geldstrafe von 100 Mark, eventuell 12 Tage Gefängniß. Den Klägern wurde die Befugniß zur Veröffentlichung des Urtheils zugesprochen.

Was beim strafgesetzlichen Schutz der guten Sitte herauskommt. In Bayern mehren sich die Fälle, in denen Eltern hart (ein bis drei Jahr Zuchthaus) unter Geltendmachung des Kuppeleiparagraphen bestraft werden, wenn sie duldeten, daß der Geliebte oder Bräutigam der Tochter im Hause mit dieser verkehrte. Die Strafe trifft Einzelne, während Viele unter den gleichen Verhältnissen zu fassen wären. Vor dem Landgerichte München kam dieser Tage wieder ein solcher Fall zur Verhandlung. Ein Bediensteter hatte die Tochter einer Wittwe unter dem Versprechen der Ehe verführt, das Mädchen aber sitzen lassen, als er merkte, daß sie nicht so viel Geld mitbekomme, wie er gedacht hatte. Der brave Mann ging hin und denuncirte die Mutter auch noch dem Staatsanwalt, daß sie seinen Verkehr mit der Tochter geduldet habe. Die Frau wurde wegen Kuppelei angeklagt, aber freigesprochen, weil sich herausstellte, daß sie immer zu spät erst die Anwesenheit des Burschen entdeckt hatte und sich seiner thatsächlich nicht erwehren konnte. Der Staatsanwalt hatte ausgeführt, sie hätte die Hilfe der Polizei requiriren müssen!

Hungerlöhne. Daß es Berufsstellungen gibt, die noch besser bezahlt werden als Bureauvorsteher bei einzelnen Rechtsanwälten, wurde wieder einmal durch eine Verhandlung des Landgericht Berlin I am 3. December erwiesen, durch welche der Bureauvorsteher Paul Wolff wegen wiederholter Untreue in drei Fällen zu einer Gesammtstrafe von 3 Monaten verurtheilt wurde. Der Angeklagte war Bureauvorsteher bei dem Rechtsanwalt Melzbach, und erhielt für diese immerhin verantwortliche Stellung ein monatliches Gehalt von — 60 Mark, postnumerando zu erheben! Als nun der Rechtsanwalt in den Ferien verreiste, erhob der Angeklagte aus der ihm überwiesenen Kasse anfangs September zweimal 60 Mark und verbuchte dieselben als Vorschuß auf die Monate September und October. Endlich ergab sich ein Deficit von 29,20 Mark in der Kasse. Das Gericht wies darauf hin, daß er nur Geld abheben durfte, wenn der Gehalt fällig war. Die Revision des Angeklagten, welche Nichtvorlegen des als Beweismaterial verwendeten Kassabuchs rügte, wurde vom Reichsgericht verworfen.

Locales.

Breslau, den 7. März 1896.

Achtung Genossen!

Sonntag, den 8. März, Vormittags 11 Uhr, findet im „Tivoli", Neudorfstraße, eine große Volksversammlung statt, in welcher an Stelle des leider verhinderten Reichstagsabgeordneter Bueb-Mülhausen Redacteur Julius Bruhns einen Vortrag über „Reactionäre Umsturzbestrebungen" halten wird. Die Wichtigkeit der Tagesordnung macht das Erscheinen Aller zur unabweisbaren Pflicht.

* * *

Achtung Holzarbeiter!

Donnerstag, den 12. März, Abends 7½ Uhr findet im großen Saale des Etablissements „Tivoli" (Neudorfstraße), eine große öffentliche Holzarbeiter-Versammlung statt. Die äußerst wichtige Tagesordnung macht es nothwendig, daß die Collegen und Berufsgenossen recht zahlreich erscheinen.

* **Vom Sparen.** Gegenwärtig werden wieder überall die Sparkassen-Abschlüsse der Oeffentlichkeit übergeben und gar mancher Sparapostel kann diese Gelegenheit sich nicht entgehen lassen, ohne der Socialdemokratie einen Seitenhieb zu versetzen. Sieht man die Abschlüsse an, so sollte man wirklich glauben, der Volkswohlstand habe sich bedeutend gehoben, denn die Spareinlagen sind thatsächlich fast überall gewachsen. Geht man aber der Sache auf den Grund, so sieht man, daß die höheren Einlagen zum Theil mit daher rühren, daß das Geld — wie man zu sagen pflegt — im Preise gesunken ist, weshalb die kleinen Rentner u. s. w. lieber ihr Geld nach der sicheren Sparkasse tragen, als es in irgend ein unsicheres Unternehmen zu stecken. Daher kommt es mit, daß die Spareinlagen sich gehoben haben. Man sagt nun: Die Socialdemokratie bekämpfe grundsätzlich das Sparen. Dies fällt uns gar nicht ein. Die Sache liegt aber etwas tiefer. Wer kann denn heute noch wirklich sparen? Die große Masse lebt von der Hand in den Mund. Und dieses Sparen anzuempfehlen, ist ebenso gut oder schlecht, als wenn man einem Hungrigen, der nichts zu essen hat, sagt: Spare! Wenn nun aber immer darauf hingewiesen wird, daß auch die Einlagen der kleinen Leute wachsen, so ist das für uns nur ein Beweis, daß nicht der Ueberfluß, sondern die Noth die Leute zum Sparen treibt. In den Zeiten, wo sie Verdienst haben, und sei er auch nur gering, da werden noch einige Groschen erübrigt und auf die Sparkasse gebracht, um einen Nothgroschen zu haben für die Zeit der Arbeitslosigkeit, der Krankheit u. s. w. Trockenes Brot essen und das Geld für Schmalz sparen, Cichorienwasser trinken und den Kaffee sparen, Kartoffeln in Salz stippen und den Hering sparen — für Fleisch reicht das Geld meistens ja sowieso nicht — das mag Sparen sein, aber es ist ein Sparen am unrechten Orte, auf Kosten der Körperkräfte, der Gesundheit; es dient nur dazu, die traurige Lage des Volkes zu verschleiern, und ein solches Sparen bekämpfen wir ganz entschieden. Wir wollen nicht, daß das Volk gar bei voller Arbeit hungert. Noch mehr aber als jenes Sparen bekämpfen wir eine Gesellschaftsordnung, die das Volk zu derartigem „Sparen" zwingt, die nicht im Stande ist, allen Menschen Arbeit und Verdienst zu geben. Arbeit und Brot für Jeden, das muß das Ziel jeder Regierung sein.

* **Stadtverordneten-Versammlung.** In der am Donnerstag abgehaltenen Sitzung sind die sechs unbesoldeten Stadträthe, die Herren Bröbling, Geier, Kopisch, Milch, Dr Steuer und Wecker wiedergewählt worden. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen kamen eine Reihe Specialetats von geringerer Bedeutung zur Erledigung. Beim Etat des Leihamts gab der Referent, Stadtv. Woywode, zur Erwägung, ob es nicht an der Zeit sei, das Leihamt überhaupt aufzulösen wegen der Mindererträge der letzten Jahre. Demgegenüber betonte Stadtv. Jünger, es liege im Interesse unserer ärmeren Bevölkerung, wenn ein städtisches Leihamt weiter bestehe. Wenn dies heute große Zuschüsse erfordere, so müsse man sehen, ob nicht der Grund in etwas Anderem liege, namentlich in der kurzen Zeit, die das Institut täglich geöffnet sei. Die Privatleihanstalten machten alle gute Geschäfte, da müsse es wohl an unmodernen Einrichtungen liegen, wenn Mindererträge erzielt würden. Diesen Ansichten schloß sich Stadtv. Biller an und empfahl eine Revision der Geschäftsordnung des Leihamts. — Der Etat des Volksbrausebades veranlaßte den Stadtv. Doctor Wagner, anzufragen, wie es mit dem im vorigen Jahre beschlossenen Bau eines zweiten Brausebades stehe, worauf der Stadtkämmerer Körte erwiderte, daß der Magistrat diese Frage im Auge behalte und sie sich im Stadium der Vorberathung befinde. Die Hauptschwierigkeit liege darin, einen passenden Platz für die Anlage zu finden. Allem Anschein nach werden also wohl noch Jahre vergehen, ehe ein zweites Volksbrausebad eröffnet wird. Immer langsam voran! — Auf einer jüngst in der Aptirung vollendeten früheren Forstfläche zu Ransern sollen nach einem weiteren Beschlusse der Versammlung Weidenculturen angelegt werden, deren Kosten 15,000 Mark betragen. Die Sitzung, welche einen sehr geschäftsmäßigen Verlauf nahm, wurde kurz nach 6 Uhr Abends geschlossen.

* **Zur Lohnbewegung in der Confectionsindustrie.** Vom Vorsitzenden der Lohncommission, Genossen Liepelt, erhalten wir folgende Zuschrift: In Nr. 52 der „Volkswacht" befindet sich ein Artikel: Lohnbewegung der Schneider und Schneiderinnen, der einige unrichtige Angaben enthält, die für mich von Nachtheil sein können; ich bitte deshalb um die Aufnahme nachstehender Berichtigung: In der Versammlung am Sonnabend, den 29. Februar beklagten sich mehrere Meister darüber, daß bei verschiedenen Firmen die 10 procentige Lohnerhöhung nicht ordnungsmäßig bezahlt werde, ja, daß zum Theil die Löhne noch niedriger seien als vor dem Streik, worauf Liepelt die Collegen an das Beschwerdebureau verwies, damit diese Fälle untersucht werden könnten. Beschwerden dieser Art seien auch schon von anderer Seite eingegangen, aber noch nicht von allen Fällen, die man sich erzähle. Brieflich sei Herr Gewohn aufgefordert worden, Beweise für seine Behauptungen zu erbringen, das sei aber nicht erfolgt. Gewohn bemerkte darauf, daß er bereit sei, die Beweise für seine Behauptungen bezüglich der Firma Kaplan u. Co. zu erbringen. Ferner fragte Liepelt nach an, ob Jemand in der Lage sei, zu bekunden, daß Herr Grünbaum in Firma Grünbaum u. Leß die Aeußerung gethan habe: „Ich werde schon dafür sorgen, daß Ihr die 10 Procent nicht lange bekommen werdet, und die schwarzen Listen werden schon helfen!" Wenn dies auf Wahrheit beruhe, meinte Liepelt, so ersehe man daraus, daß es mit den Zugeständnissen nicht ehrlich gemeint sei. Beim Verein der Confectionäre sind bereits Schritte zur Untersuchung der Sache unternommen worden.

* **Die zweite Schwurgerichtsperiode** des Jahres 1896 in welcher Landsgerichtsdirector Janske den Vorsitz führen wird, beginnt Montag, den 9. März. Zur Verhandlung sind folgende Strafsachen angesetzt: Montag, den 9. März: Tagearbeiter Karl Herrmann aus Hartlieb, Sittlichkeitsverbrechen; Arbeiter Heinrich Garsetz aus Pöpelwitz, Raub. Dienstag, den 10. März: Zahntechniker Robert Krause aus Breslau, wissentlicher Meineid. Mittwoch, den 11. März: Dienstknecht Paul Weigelt aus Herrnmotschelnitz, vorsätzliche Brandstiftung; Tischler Paul Molke, Tischler Gustav Pieske, Müller Eduard Neugebauer, sämmtlich von hier, Münzverbrechen. Donnerstag, den 12. März: Bäckergeselle Franz Feuerstein aus Breslau, Sittlichkeitsverbrechen. Freitag, den 13. und Sonnabend, den 14. März: Böttchermeister Gottfried Menecke und Colporteur Wilhelm Beck aus Breslau, wissentlicher Meineid, wissentlich falsche Anschuldigung, Anstiftung zur Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung. Montag, den 16. März: Futtermann Paul Fichtner aus Landschütz, Sittlichkeitsverbrechen; geschiedene Postschaffner Auguste Feige, geborene Janoisky, aus Breslau, wissentlicher Meineid.

* **Ueber einen „Studentenulk"** oder vielmehr Unfug wird der „Schles. Volksztg." geschrieben: Im Restaurant Crystallgrotten auf der Nicolaistraße saßen gestern Mittag der Großschlächter M. und der Studiosus Max H. Bei der Unterhaltung kam es nun zur „Wetterei". Der Großschlächter bot schließlich dem Studiosus 30 Mk. an, wenn er von dem Restaurant aus bis nach dem Ring auf Händen und Füßen laufen würde. Der Studiosus, ein „Taliesmann" durch und durch, war nun sofort bereit, die Wette anzutreten. In Glacehandschuhen und Paletot lief nun derselbe auf allen Vieren auf die andere Seite der Straße nach dem Ring zu. Im Augenblick waren hunderte von Menschen zur Stelle. Alle Fenster, an denen der seltsame Zug vorüberkam, öffneten sich. Neben dem „Vierfüßler" ging der Großschlächter. Allerdings kam der Studiosus nur bis an die Ecke der Neue Weltgasse, wo ihn ein Schutzmann sofort in Empfang nahm und das Weitere veranlaßte. Gegen den zu erwartenden Strafantrag will der Angeklagte richterliche Entscheidung beantragen, da er glaubt, nicht strafbar zu sein. (Vielleicht dürfte der Herr Studiosus bald belehrt werden, daß dieser neue Cultus als ein Eingriff in die uralten Privilegien der Familie Langohr und Genossen gilt und um so strenger geahndet wird, wenn derselbe coram publico geschieht. D. Red.)

* **Verlegung der Control-Versammlungen.** Bei den Haupt-Meldeämtern Bezirks-Commando I Breslau (Stadtkreis Breslau) finden nach einer Mittheilung die Control-Versammlungen von nun an nicht mehr an den Nachmittagsstunden, sondern in den Vormittagsstunden auf den bisherigen Controlplätzen statt. Die näheren Termine werden noch Anfang April bekannt gemacht werden. — Die Control-Versammlungen im Landwehr-Bezirk II Breslau finden Vor- und Nachmittags statt.

* **Der nächste Volksunterhaltungsabend,** den der Humboldt-Verein für Volksbildung am nächsten Mittwoch im großen Saale des Concerthauses veranstaltet, wird einen kurzen, belehrenden Vortrag des Herrn Primärarztes Dr. Robert Asch bringen. Außerdem haben eine Anzahl künstlerischer Kräfte ihre Mitwirkung zugesagt, so Frl. Lina Ziegler vom Lobe-Theater, die Concertsängerin Frl. Clara Jackisch, Herr Alexander Engels vom Stadt-Theater, der bekannte Flötenvirtuose Herr Eichler u. A. m., sodaß der Abend wieder eine Fülle künstlerischer Genüsse bieten dürfte.

* **Stadt-Theater.** Sonnabend kommt zum ersten Male in dieser Saison und in neuer Einstudirung, von Herrn Oberregisseur Ottomeyer inscenirt, Gustav Freytags Lustspiel „Die Journalisten" zur Aufführung. Am Sonntag wird Nachmittags die Strauß'sche Operette „Die Fledermaus" wiederholt. Der Componist Ignaz Brüll ist bereits hier eingetroffen, um der am Sonntag Abends stattfindenden zwanzigsten Vorstellung seiner Oper „Gringoire" beizuwohnen. An demselben Abende geht des Componisten beliebte Oper „Das goldene Kreuz" ebenfalls in Scene.

* **Im Lobe-Theater** bleibt das andauernd eine große Anziehungskraft ausübende Wildenbruch'sche Drama „König Heinrich" für Sonnabend und Sonntag auf dem Spielplan. Am Sonntag kommt Nachmittags auf vielfachen Wunsch noch einmal „Comtesse Guckerl" zur Aufführung. Am 29. März findet die letzte Nachmittagsvorstellung statt.

* **Thalia-Theater.** Sonntag wird das hier seit Jahren nicht mehr gegebene, beliebte Lustspiel „Goldfische" von Franz von Schönthan und Gustav Kadelburg aufgeführt werden.

* **Zum Raubanfall** auf der Gartenstraße wird noch gemeldet: Die durch den Schlag mit einem Stein herbeigeführte Kopfverletzung des Geschäftsinhabers besteht in einem bedenklichen Schädelbruch. Der noch nicht ermittelte Thäter wird als ein 22 bis 28 Jahre alter Mann bezeichnet, von etwa 1,65 Meter Größe und nach vorn gebeugter Körperhaltung. Er hatte ein volles blasses Gesicht und einen kleinen blonden Schnurrbart und war mit einem blauen Kammgarnjaquet'e, grauen Hosen, einem schwarzen Hut und einem weißen Vorsemd ohne Kragen bekleidet.

* **Unglücksfälle.** Einem Arbeiter wurde durch einen fallenden Ast eine schwere Kopfwunde zugefügt. Einem Bauernsohn wurde durch einen fallenden Baumstamm der rechte Fuß im Gelenk gebrochen. Auf dem Oberschlesischen Bahnhof wurden einem Arbeiter beim Holzverladen zwei Finger der rechten Hand abgequetscht. Ein Kutscher von der Rosenthaler Straße verbrühte sich in einer Brennerei beide Beine mit Maische in schwerer Weise. Ein Knecht zog sich an einer Rübenschneidemaschine schwere Schnittwunden zu. Alle diese Verunglückten fanden im Krankeninstitut der Barmherzigen Brüder Aufnahme.

* **Vermißt** wird der 16 Jahre alte Handlungslehrling Max Schlesinger, der zuletzt am 1. d. M. die Wohnung seiner Mutter, Antonienstraße 35, verlassen hat. Er ist mittelgroß, hat schwarzes Haar und war mit einem grauen Jaquetteanzug, einem dunkelblauen Winterüberzieher und einem dunkelblauen Filzhut bekleidet.

* **Aus dem Polizeibericht.** In das Polizeigefängniß wurden am 5. d. M. 71 Personen eingeliefert. — Gestohlen wurden von den Häusern Schloßstraße 4, Ohlauerstadtgraben 27 und Nicolaistadtgraben 5 die Thürklinken. — Abhanden kamen eine braunlederne Brieftasche, enthaltend Zeugnisse, einen Landsturmschein und Mitgliedskarten für Radfahrvereine, ein Paar Damenschuhe, ein Zehnmarkstück und eine silberne Cylinderuhr.

Vereine und Versammlungen.

* **Generalversammlung des Consumvereins.** Die am Donnerstag, den 5. März, Abends 8 Uhr, im großen Saale des „Café Restaurant" abgehaltene Generalversammlung des Consumvereins wurde von dem Vorsitzenden des Verwaltungsrathes, Herrn Kaufmann und Stadtrath G. Kopisch, eröffnet. Den Geschäftsbericht erstattete an Stelle des erkrankten Geschäftsführers Herrn Welck, Director Kringel. Dieser bezeichnete das Geschäftsjahr 1895 als eines der günstigsten seit Bestehen des Vereins. Die Preise vieler Hauptartikel erfuhren im letzten Betriebsjahre einen wesentlichen Rückgang, so daß Preisabsetzungen erfolgen konnten. Die Kaffee-Rösterei sei durch maschinelle Vorrichtungen wesentlich verbessert worden, was zur Folge hatte, daß 30 000 Pfund Kaffee mehr als im Vorjahr umgesetzt wurden. Die elektrische Beleuchtung ist nunmehr im ganzen Betriebe eingeführt worden. Die Mitgliederzahl weise eine erfreuliche Steigerung auf, ihr Zuwachs betrage über 2000. Der aus dem Waarenumsatz erzielte Reingewinn betrage mehr als eine Million Mark. Nach den verschiedenen Abschreibungen sei für die Mitglieder eine Dividende von 10½ pCt. festgesetzt worden. Herr Kringel schloß seinen Bericht, indem er auf die günstige Lage des Breslauer Consumvereins hinwies, der trotz aller Anfeindungen seiner Gegner fortbestehen und floriren werde. Der Bericht wurde seitens einer Anzahl der Delegirten mit Beifall aufgenommen. Der Vorsitzende stellte den Geschäftsbericht zur Debatte. Es meldete sich zunächst Herr Volkmer, der an die Geschäftsverwaltung verschiedene Fragen richtete. Er wollte wissen, wer unter den Beamten, die aus dem gegründeten Unterstützungsfonds im Betrage von 41,000 Mk. Unterstützungen beziehen, eigentlich gemeint sei. Ob die Beamten bei der Direction oder dem Verwaltungsrathe anfangen, oder ob nur die kleinen Beamten ꝛc. gemeint seien. Ferner wünscht er Auskunft über die Beneficien an die Lagerhalter, und schließlich bemängelt er, daß der Rum in der Stadt der Liter für 2 Mk., auf dem Lande, z. B. in Pöpelwitz, der Liter schon für 0.75 Mk. verkauft wird. Director Kringel beantwortet die Fragen dahin, daß nicht die Directoren oder Verwaltungsräthe, sondern nur die kleineren Beamten, Arbeiter und Arbeiterinnen durch den Unterstützungsfonds bedacht werden. Eine Aenderung des in einer Generalversammlung gefaßten Beschlusses sei nicht angängig. Betreffend die Unterstützung der Lagerhalter erklärte Herr Kringel, daß für jeden Lagerhalter, wie es ja bereits bekannt sei, nach 10jähriger Thätigkeit im Verein ein Unterstützungsfonds gegründet werde in der Weise, daß für ihn alljährlich ein Beitrag von 100 Mark abgesetzt und diese Beiträge bis zu seinem Ableben oder seiner Pensionirung gesammelt werden, und so die Unterstützung für die Hinterbliebenen oder für sein Alter bildete. Was den Rum anbelange, so sei es erklärlich, daß die Qualitäten in der Stadt und auf dem Lande verschiedene sein müßten, und darum auch die Preise. Herr Wurfteller schließt sich den Ausführungen des Herrn Volkmer an und wünscht, daß statt der Gründung eines Unterstützungsfonds, die ärmeren Mitglieder eine etwas höhere Dividende erhalten sollten. Er bemerkt dabei, daß die Consumvereine in kleineren Städten mehr Dividende zahlten als in Breslau, dem größten Consumverein Deutschlands. Alsdann rügt Redner, daß bei Aufstellung der Wählerlisten der Abgeordneten zur Generalversammlung die Handwerker und Arbeiter zu wenig berücksichtigt werden. Die Delegirten gehörten größtentheils der bemittelten Klasse an. Herr Stadtrath Kletke erwidert dem Fragesteller, daß die Verwaltung das Recht zur Auf-

stellung von Vorschlagslisten nicht habe; es könnte eben jeder seine Liste aufstellen. Dann sollte doch berücksichtigt werden, daß nur diejenigen Mitglieder wahlberechtigt sind, die ein Guthaben im Betrage von 30 Mk. aufweisen könnten. Viele Mitglieder wären aber nicht in der Lage, die Marken aufzusparen und so gingen sie des Wahlrechts verlustig. Von den beinahe 37,000 Mitgliedern hätten nur etwa 2000 das Wahlrecht. Daraus erkläre es sich, daß die Abgeordneten sich aus den Bestsituirten recrutirten. Stadtrath Mentzel entgegnete Herrn Wurstler, daß er seine Arbeiterfreundlichkeit nicht gerade documentirt, wenn er sich gegen den Unterstützungsfonds, der gerade aus dem Motive der Arbeiterfreundlichkeit gebildet worden sei, auflehne. Die Dividende, die beim Wegfall des Fonds auf den nach vielen Tausenden zählenden Mitgliederkreis entfallen könnte, würde nur eine ganz geringfügige sein, womit den Leuten in keiner Weise geholfen sein würde. — Es erfolgte hierauf die Dechargirung der Verwaltung und alsdann die Neuwahl der statutenmäßig ausscheidenden Mitglieder des Verwaltungsrathes. Aus dem Verwaltungsrath ist Stadtrath Mentzel ausgeschieden und Kaufmann Hamburger ist verstorben. Rechtsanwalt Callomon in Breslau und Cantor Hübner in Hundsfeld sind cooptirt worden. Nach der unter die Anwesenden vertheilten Vorschlagsliste sind folgende Herren in den Verwaltungsrath gewählt worden. 1. Cantor Hübner in Hundsfeld (für Rentier Ad. Hamburger). 2. Rechtsanwalt und Notar H. Callomon (für Stadtrath H. Mentzel). 3. Kaufmann Herm. Arnold. 4. Apotheker H. Aust. 5. Partikulier R. Bleß. 6. Dr. med. E. Cramer. 7. Uhrmacher Ad. Galleiske. 8. Drechsler Gustav Geis. 9. General-Agent J. Götzky. 10. Hofschuhmachermeister W. Grunert. 11. Stadtrath Gustav Kopisch. 12. Kaufmann Th. Kutta. 13. Lehrer G. Kunast. 14. Kaufmann Ludwig Rüdiger. 15. Rentmeister L. Petzold, Heinrichau. 16. Kaufmann H. Reche. 17. Oberlehrer C. Rehbaum. 18. Eisenbahn-Secretair H. Steuer. 19. Mechaniker R. Thomas. — Die Dividende von 10½ pCt., die von der Generalversammlung angenommen wurde, wird vom 6. März cr. ab an die Mitglieder vertheilt, doch liegt es im Interesse der Mitglieder, wenn möglich, noch ein paar Tage zu warten, da sonst der Andrang zu groß und die Auszahlung zu erschwert ist.

Schlesien.

Zur Gruben-Katastrophe in Oberschlesien

wird der „Bresl. M.-Ztg." aus dem Hüttenrevier geschrieben: In der Unglücksnacht waren laut Verlesezettel 144 Mann in den Grubenbauten beschäftigt. Hiervon sind bis gestern Abend 101 Mann todt, 31 Mann nur noch schwach lebend und 12 Mann, die außer jeder Gefahr waren, zu Tage gebracht worden, so daß die gesammte, eingefahrene Belegschaft von der Unglücksstätte entfernt ist. Soeben ist in amtlicher Form laut Vorschrift des Unfallversicherungs-Gesetzes an den Tarnowitzer Knappschaftsvorstand die Anzeige erstattet worden, daß ein Rohrbruch der Dampfleitung, welche durch den Schacht für den unterirdischen Betrieb geführt ist, die Ursache dieser furchtbaren Katastrophe sein soll. Ob dies zutrifft — man bezweifelt es vielfach — werden die bergpolizeilichen Untersuchungen ergeben. Auch wenn, wie von anderen behauptet wird, auf Frankenbergschacht die Holzzimmerung durch die Nähe der Dampfröhre sich entzündet haben sollte, so konnte hierdurch ebensowenig plötzlich ein ausgedehnter Brand entstehen, ohne daß derselbe sofort wahrgenommen worden wäre. Wird aber festgestellt, daß diese Ursachen thatsächlich allein dieses fürchterliche Unglück herbeigeführt haben, dann würde jedwede persönliche Verantwortung freilich entfallen(?)

Strenge Absperrungs-Maßregeln seitens der Verwaltung der Grube machen es unmöglich, Näheres zu erfahren. Es schwirren unter den Tausenden von Zuschauern, welche die Unglücksstätte umlagern, die widersprechendsten Gerüchte, so daß man nicht eher zuverlässige Urtheile abgeben kann — bis die amtlichen Berichte Klärung schaffen. Von gewisser Seite wird behauptet, daß der Grubenbrand dadurch entstanden sei, daß Bergleute ihre Lampen an einen Grubenstempel zusammengestellt hätten. Diese Version wird aber von keinem Fachmann geglaubt, da nur anhaltende Ausströmung brandiger Gase, die von einem längere Zeit übersehenen Grubenbrande herrühren, eine so fürchterliche Wirkung haben können, wie sie in der Kleophasgrube in die verheerende Erscheinung trat.

Die Beerdigung der unglücklichen Opfer der Catastrophe findet heute Sonnabend statt. Hunderte von Personen, die zu Fuß und zu Wagen angekommen waren, besuchten auch heute noch die Unglücksstelle. Der Brand in der Grube scheint nachgelassen zu haben, da dem Walterschacht Rauch nicht mehr entsteigt. Zur Zeit wird in großen Mengen Mauerwerk nach der Grube geschafft und gehen die Abdämmungsarbeiten rüstig vorwärts.

Viel schrecklicher wäre das Unglück noch geworden, wenn der Grubenbrand am Tage ausgebrochen wäre; denn am Tage besteht die Belegschaft aus 800 Mann. Auch vierzig Pferde sind zu Grunde gegangen. Daß die Katastrophe eine so furchtbare geworden ist, soll nach der „Königshütter Zeitung" dadurch herbeigeführt worden sein, daß sich unter den beiden Wetterschächten der Grube Wetteröfen in Thätigkeit befanden, deren Feuer nicht schnell gelöscht werden konnte, weshalb die Wetterschächte unfahrbar waren. Die Untersuchung wird wohl darüber das Nähere ergeben. Rühmliche Anerkennung verdienen die Beamten und Arbeiter der Grube, welche mit wahrer Todesverachtung an die Rettungsarbeiten gingen. Die herbeigekommenen Aerzte hatten vollauf zu thun, die schwach gewordenen und betäubten Rettungsmannschaften wieder ins Leben zu rufen. Die herbeigeeilten Geistlichen hatten wenig Arbeit; die Todten bedurften keines Trostes.

r. **Alt-Warthau**, 6. März. Der Streik der Steinarbeiter hat mit einem Siege der Arbeiter geendet. Die mündlichen Verhandlungen zwischen den Steinarbeitern und Meistern sind zu Gunsten der Arbeiter verlaufen und wird deshalb die Arbeit jedenfalls am Montag, den 9. März wieder aufgenommen werden.

Beuthen OS., 5. März. Großfeuer. Nach der hiesigen Zeitung brach gestern Abend halb 7 Uhr auf der Gleiwitzer Chaussee in Rybnik Feuer aus, welches in kurzer Zeit 13 Besitzungen alles alte Gebäude, einäscherte. Eine Anzahl Familien haben ihr ganzes Hab und Gut verloren.

Neueste Nachrichten.

— **Berlin**, 6. März. Die Ostervertagung soll sowohl im Reichstage, wie im Abgeordnetenhause kurz vor Palmsonntag eintreten und voraussichtlich bis Dienstag, den 14. April dauern. Das Herrenhaus gedenkt seine Sitzungen am Montag, den 23. März wieder aufzunehmen. Das Abgeordnetenhaus beabsichtigt, von Montag an zur Förderung der Etatsberathungen Abendsitzungen abzuhalten. Es stehen sowohl beim Etat der allgemeinen Finanzverwaltung, als bei dem Etat der Staatsschuldenverwaltung große Debatten zu erwarten. Außerdem wird der Cultusetat noch einen erheblichen Theil der nächsten Woche in Anspruch nehmen.

— **Berlin**, 7. März. Die socialdemokratische Reichstags-Fraction hat sich unter Zuziehung von Anhängern und Gegnern des Genossen Schumacher aus dessen Wahlkreise mit der Solinger Angelegenheit beschäftigt und den Beschluß des Solinger Parteitages — die Unwürdigkeits-Erklärung Schumachers betreffend — nicht gebilligt, sondern beiden Theilen ihren entschiedenen Tadel über den seit längerer Zeit im Solinger Wahlkreise herrschenden Streit ausgesprochen.

— **Hamburg**, 6 März. Nachmittags stürzte an der Ecke Uhlenhorsterweg und Papenhuderstraße ein Neubau ein und begrub viele Arbeiter. Bis jetzt wurden fünf Todte und neun Schwerverletzte hervorgezogen.

— **Dresden**, 6. März. Nachdem die zweite Kammer gestern noch den § 1 des neuen Wahlgesetzentwurfs mit 56 gegen 23 Stimmen angenommen hatte, wurde heute der Rest mit einer Geschwindigkeit durchgepeitscht, die offen das böse Gewissen der Mehrheit bei dieser Volksentrechtung beweist. Natürlich wurde das ganze Gesetz angenommen und zwar mit 56 gegen 22 Stimmen. Nunmehr fehlt noch die Zustimmung der ersten Kammer und dann die königliche Sanction, die beide nicht ausbleiben werden und das Attentat auf die höchsten Rechte des sächsischen Volkes ist vollendet! Ob dasselbe zur Freude unserer Gegner ausfallen wird? Gewiß nicht! Unser der Sieg trotz alledem!

— **Rom** 6. März. Die Neubildung des Cabinets ist noch nicht vollendet, doch scheint Rudini die meisten Chancen zu haben. Der hiesige Correspondent der „Köln. Ztg." versichert trotzdem die Kundgebungen der letzten Tage einen großen Eindruck auf den König gemacht, könne dieser sich schwer entschließen, auf eine Fortsetzung des afrikanischen Feldzuges zu verzichten. Di Rudini sei indeß fest entschlossen, den Krieg nicht weiter zu führen; dies sei seine Hauptbedingung für die Uebernahme der Regierung. In gleichem Sinne versuchte der Reisende Franzoi, welcher mehre Jahre am Hofe des Königs Meneliks zubrachte, König Humbert zu beeinflussen. Franzoi, welcher in den letzten Tagen zum König befohlen worden war, um aus seiner Kenntniß der Dinge Rath zu ertheilen, versicherte dem König, er halte den Krieg gegen Abessinien für aussichtslos.

— Die an das Kriegsministerium gelangten Nachrichten bestätigen, daß die Generale Arimondi, Albertone und Dabormida bei Adua gefallen sind. Das Schicksal der Italiener in Fort Adigrat erregt große Besorgniß; dort befinden sich außer der Besatzung etwa 2000 Mann, welche nach der Schlacht bei Adua dorthin ihre Zuflucht genommen haben.

Breslau, 7. März. Steigerbeleidigung. Wie berichtet, hatte sich Genosse Neukirch am Donnerstag vor der ersten Strafkammer auch wegen Beleidigung der Steiger des Waldenburger Kohlenreviers zu verantworten. Das Urtheil, das heut Vormittag durch den Landgerichtsdirector Lindenberg verkündet wurde, lautet auf 3 Monate Gefängniß; Staatsanwalt Dr. Keil hatte eine Gefängnißstrafe von 5 Monaten beantragt. Revision wird eingelegt.

Grosse Volks-Versammlung.

Sonntag, den 8. März, Vormittags 11 Uhr, im grossen Saale des „Tivoli", Neudorfstrasse.

Tagesordnung: 1. **Reaktionäre Umsturzbestrebungen.** Referent: Redakteur **Julius Bruhns.** 2. Discussion.

Zu dieser Versammlung ladet alle Arbeiter dringend ein

Der Einberufer.

Entree 10 Pfennige ◆◆ **Frauen haben Zutritt.**

Stadt-Theater.
Sonnabend: „Die Journalisten".
Sonntag Nachmittag: „Die Fiedermans".
Abends: „Gringoire". „Das goldene Kreuz".

Lobe-Theater.
Sonnabend: „König Heinrich".
Sonntag Nachmittag: „Comtesse Guckerl".
Abends: „König Heinrich".

Victoria-Theater.
Simmenauer-Garten.
Budapester Possen-Theater.
Anfang des Concerts 7 Uhr, der Vorstellung 7½ Uhr.

„Harmonie".
Kirchstraße 27.
Täglich: Große Künstler-Vorstellung.
Anfang 8 Uhr.

Spottbillig
Reste zu Anzügen, Paletots, Hosen, Cheviot, Tuche und Saletts.
Confirmanden-Anzüge für Knaben und Mädchen.
Ring 53, 1. Ecke Junkernstr., grüne Thür. 707

Rechtskanzlei von Dressler, Kaiserstr. 15, bearb. Straf-, Steuer-, Nachlasssachen, Klag-, Eing. etc., u. ertheilt Rath. 642

Billigste Bezugsquelle für nur reelle Waare
J. Eisenhardt's Nachfl., Bresl., Blücherplatz 4.
Größtes Lager von Serviteurs, Kragen, Manschetten u. Cravatten.
Extra Eingang von **Oberhemden.** Neuheiten. Specialität.
Nur eigene Confection, also keine Zuchthausarbeit!
Garantie für jeden bei mir gekauften Artikel. 722

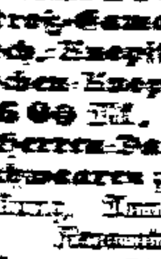
Socialdem. Verein für Breslau und Umgegend.
Sonnabend, den 14. März 1896, im großen Saale des „Tivoli", Neudorfstraße Nr. 35:
VI. Stiftungsfest
bestehend in Vocal- und Instrumental-Concert, Theater, humoristischen Vorträgen und
TANZ.
Einlaß 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Programme à 30 Pfg.
Programme sind zu haben bei: Burgund, Fabian, Kresse, Kühnel, Friedrich-Wilhelmstraße, Lieberelt, Müller, und in der Expedition der „Volkswacht".
Der Vorstand.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metall-Arbeiter (Eingeschr. Hülfsk. 29).
Sonntag, den 8. März cr., Mittags von 11—2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
im Saale zum „Blauen Hirsch" Ohlauer-Straße Nr. 7, Ecke Schuhbrücke.
Tages-Ordnung:
1. Bekanntmachung des Vorstandes, die Generalversammlung betreffend. 2. Vorschläge für die Wahl von 2 Abgeordneten für die ... Wahlabtheilung. 3. Wahl von 4 Revisoren zum Wahlcomitee. 4. Anträge zur Generalversammlung.
Der Vorstand.

Gebr. Roesler's Brauerei.
Täglich **Künstler-Vorstellung**
Wochentags Entree 20 Pf. Sonntags Entree 25 Pf.
Kinder 10 Pf. 3609
Hierzu ... Vereinskarten gültig.

Julius Philipp's
Barbier-, Frisir- und Haarschneide-Cabinet empfiehlt sich einer geneigten Beachtung. 573
Friedrich-Wilhelmstr. 51.

Zur Confirmation!



Knaben-Gamaschen 4.50 Mk. Knaben-Zug- und Schnürhalbschuhe 4.00 Mk. Mädchen-Gamaschen mit Lackkappe 4.50 Mk. Mädchen-Wildleder-Gamaschen 4.00 Mk. Mädch.-Knopfstiefeln 5.00 Mk. Mädchen-Knopfstiefel mit Lackkappe 6.00 Mk., sowie großes Lager von Herren-, Damen- u. Kinder-Schuhwaaren zu billigen Preisen. Bestellung, Reparaturen ... 672
J. Marzoll, Schuhmachermstr. Gräbschenerstr. 45.

Billig werden alle Garderoben gewaschen und gefärbt.
Sally Brasch. Reusche-Strasse 12.

Sprechstunden Vm. 9—12 Uhr, Nchm. 4—8 Uhr.
Atelier **Hermann Pitsch.** Gr. Scheitnigerstr. 23. 411

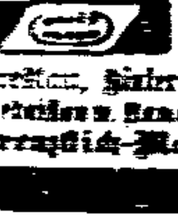
Künstliche Zähne sowie ganze Gebisse (auch ohne Gaumenplatte). **Plomben.** Theilzahlung bei **Schmerzlose Zahn-Operation, Reparatur** werden in kurzer Zeit angefertigt.

Ustuga pol-ka 691
W. Dreger, Breslau, Matthiasstr. 4 II

Trauer-hüte
in größter Auswahl zu bekannt billigen Preisen
M. Tichauer,
Reuschestraße 47
part. u. 1. Etage. 537

Cigarren u. Cigaretten
sowie sämmtliche **Schreibmaterialien**
empfiehlt 699
Traugott Friedrich, früher E. Simon, Friedrich-Wilhelmstr. 49.

Billigste Bezugsquelle der



Stempeln, Siegeln, Schablonen
M. Hübsch,
Breslau, Büttnerstr. 97, Ecke Ring.
Schablonen v. 30 Pf. an. Kataloge gratis.
Kreuzstich-Monogr. v. 30 Pf. an. 217

Vereins-Kalender.

Breslau.

Sonnabend, den 7. März:
Allgemeine Kranken- u. Sterbe-Kasse der deutschen Drechsler und der verwandten Berufsgenossen (E. H. 86, Hamburg) Abends von 8—10 Uhr: Kassenabend in Leupold's Restaurant Hummerei Nr. 32.

Verein Deutscher Cigarren-Sortirer. Zahlstelle Breslau. Kassenabend von 8—10 Uhr bei Herrn Bölkel, Hinterhäuser 26.

Verband der Buchbinder 2c. (Zahlstelle Breslau.) Mitglieder-Versammlung und Zahlabend im Vereinslocal „Hotel zu den drei Bergen," Büttnerstraße 33. — Gäste stets willkommen.

Central-Verein der Bildhauer Deutschlands. (Verwaltungsstelle Breslau). Vereinsabend im Restaurant „zum Bär an der Orgel", Kupferschmiedestr. 39.

Freie Religionsgemeinde Erbauungshalle Grünstr. Nr. 6. Sonntag den 8. März, Vormittags 9½ Uhr: Erbauung: Prediger Tschirn.

Verantwortlich gemäß § 7 des Preßgesetzes: C. Neukirch; für den Inseratentheil C. Zehn. — Redaction und Expedition: Neue Graupenstraße 5/6. — Verlag der C. Schütz & Co. Druck von P. Schatky, sämmtlich in Breslau.